

E-Papers der Archivschule Marburg

Hochschule für Archivwissenschaft

Nr. 22

Eike Alexander von Boetticher

Archivgesetze im Vergleich

Eine Auswahl nach Fachaufgaben

Transferarbeit des 51. wissenschaftlichen Lehrgangs
an der Archivschule Marburg

Betreuer der Archivschule Marburg:
Betreuer des Ausbildungsarchivs:

Prof. Dr. Thomas Henne
Dr. Daniel Heimes

Marburg/Lahn 2023

HESSEN



Die Archivschule Marburg ist eine Einrichtung des Landes Hessen.

Archivgesetze im Vergleich

Eine Auswahl nach Fachaufgaben

von Eike Alexander von Boetticher

1. Einleitung

Als Reaktion auf die Datenschutzgesetzgebung seit Ende der 1970er Jahre,¹ spätestens aber durch das aus Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I Grundgesetz (GG) abgeleitete Recht auf informationelle Selbstbestimmung des BVerfG im Volkszählungsurteil vom 15.12.1983, das klar machte, dass personenbezogene Daten nur auf einer gesetzlichen Grundlage erhoben und genutzt werden dürfen, traten zwischen 1987 und 1997 auf Bundes- bzw. Länderebene Archivgesetze in Kraft.² Die bis dahin im Umgang mit (personenbezogenen) Unterlagen geltenden Benutzungsverordnungen und Verwaltungsvorschriften der Archivverwaltungen mit zum Teil erheblichem Ermessensspielraum der Archivare genügten den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht mehr, die spätestens jetzt einen Gesetzesvorbehalt erforderlich machten. Dies zeigte sich in der Praxis daran, dass es vermehrt zu Abgabeverweigerungen und zu Behinderungen der Forschung kam.³ Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Bürgers kollidierte somit mit den aus der Wissenschaftsfreiheit abgeleiteten Nutzungsrechten des Art. 5 III GG, konkretisiert im Urteil des BVerfG vom 29.5.1973.⁴ Die Archivgesetze brachten einen Ausgleich zwischen Datenschutz und Informationszugang und stellten die Arbeit der Archivare auf eine rechtlich solidere Grundlage. In der Praxis bestanden die Archivgesetze grundsätzlich ihre Bewährungsprobe,⁵ doch seit Ende der 1990er Jahre zeigte sich ein erhöhter Novellierungsbedarf aufgrund der zunehmenden Einführung elektronischer Systeme in der öffentlichen Verwaltung, der Privatisierung ehemals öffentlicher Aufgaben und der Inkraftsetzung von Informationsfreiheitsgesetzen.⁶ Folge war eine zweite Welle der Archivgesetzgebung, die noch nicht abgeschlossen ist.⁷

¹ Das erste – weltweite – Datenschutzrecht wurde 1970 in Hessen erlassen, dem andere Landesdatenschutzgesetze und das des Bundes von 1977 folgten; diese gesetzgeberische Entwicklung wurde 1981 mit dem Hamburgischen Datenschutzgesetz abgeschlossen, Weber, Datenschutz, S. 7; Genz, Datenschutz, S. 9.

² Lenz, Archivbenutzung, S. 11, 13, 20; Schreckenbach, Archivgesetze, S. 289; Korte-Böger, Recht auf Benutzung, S. 16; Polley, Gesetz, Sp. 2026; Rausch, Harmonisierungsbedarf, S. 94; Schoch, Modernisierung, S. 468; Hemmie, Veränderungen, S. 11; Schmitz, Archivgesetz, Sp. 228 f. mit FN 9, 231 f.; ders., Archive, S. 97 f.; Manegold, Archivrecht?, S. 40; ders., Archivrecht, S. 165; BVerfGE 65, 1-71.

³ Krüger, Datenschutz, S. 37; Schreckenbach, Archivgesetze, S. 289; Schreiben des baden-württembergischen Ministers für Wissenschaft und Kunst Engler vom 10.11.1981, in: Bannasch, Archivrecht, S. 99; Schmitz, Archivgesetz, Sp. 229 mit FN 14; ders., Archive, S. 98 f., 102 mit FN 31, 104; Richter, Landesarchivgesetz, Sp. 386 f.; Manegold, Archivrecht?, S. 31; Weber, Jedermann-Recht, S. 87; ders., Datenschutz, S. 12; Wyduckel, Archivgesetzgebung, S. 328. Zum Vorbehalt des Gesetzes im Archivwesen und daraus folgernd für Archivgesetze eintretend bereits 1979 Heydenreuter, Die rechtlichen Grundlagen, Sp. 157-159, 170.

⁴ Klein, Vom Umgang, S. 53; Schreckenbach, Archivgesetze, S. 289; ders., Erläuterungen, S. 6, 14; Heydenreuter, Die rechtlichen Grundlagen, Sp. 161-165; BVerfGE 35, 79.

⁵ Rehm, Zugang, S. 138-141; Martin-Weber, Lösungsgebote, S. 19; Schmitz, Archivgesetz, Sp. 237; Polley, StUG, S. 156; Klein, Vom Umgang, S. 54.

⁶ Hemmie, Veränderungen, S. 11 f.; Olbertz, Bundesarchivgesetz, S. 139, 149; Martin-Weber, Novellierung, S. 10; Schoch, Modernisierung, S. 468 f.; Wiech, Vom Archivgesetz, S. 110; dies., Ein Jahr danach, S. 85; Eiler/Reinhardt, Novelliertes Archivrecht, S. 168; Hausmann, Änderungen, S. 55; Berger, Neuregelung, S. 15; Partsch/Koschmieder, Informationszugang, S. 3416.

⁷ Novellierungen haben stattgefunden in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Berlin und im Bund.

Durch den Kulturföderalismus ist in Deutschland Archivrecht Ländersache. Die Gesetzgebung des Bundes betrifft im Grundsatz allein das Bundesarchiv, während jedes Bundesland eigene archivische Regeln aufstellt.⁸ Entstanden ist dadurch eine Gesetzesvielfalt, die immer wieder in die Kritik geraten ist. Unterschiede bestehen auf Bundesebene und in den einzelnen Bundesländern sowohl im Aufbau der Gesetze als auch in ihren Formulierungen, die Außenstehenden in ihrer Regelungsvielfalt und ihren Wertungswidersprüchen kaum verständlich und im Nutzungsbereich, vor allem hinsichtlich der verschiedenen Schutzfristen, Außenstehenden nur schwer vermittelbar sind.⁹

Zwar ist inzwischen eine reichhaltige archivrechtliche Literatur entstanden, in der immer wieder vergleichend auf die Archivgesetze eingegangen wird;¹⁰ es fehlt jedoch ein Überblick auf aktuellem Stand, der zudem Aufschluss darüber gibt, ob und welche Archivrechtsgruppen sich innerhalb der vielfältigen Archivgesetzlandschaft herausgebildet haben und in welcher „verwandtschaftlicher“ Beziehung diese zueinander stehen, wie es Lutz Schilling bereits im Jahr 2000 für einen Vergleich der Archivgesetze der neuen Bundesländer mit den Vorlagen aus den alten Bundesländern angeregt hat.¹¹ Die folgende Abhandlung will diese Lücke schließen, indem die Archivgesetze nach ihren Fachaufgaben der Überlieferungsbildung und Nutzung verglichen und „verwandtschaftliche“ Beziehungen der jeweiligen Bestimmungen herausgearbeitet werden. Hierfür sind auch die älteren Gesetzestexte heranzuziehen. Berücksichtigt werden zudem die von der 98. Archivreferentenkonferenz (ARK) im März 2004 in Potsdam verabschiedeten, bereits lange zuvor von der Arbeitsgruppe „Archive und Recht“ diskutierten Empfehlungen zur Archivierung elektronischer Unterlagen in Rechts- und Verwaltungsvorschriften¹² sowie der (private) Professorenentwurf (ProfE) für ein Bundesarchivgesetz 2007;¹³ zu deren Möglichkeiten, zu einer stärkeren Rechtsvereinheitlichung im Archivwesen zu kommen, soll ebenfalls kurz Stellung bezogen werden.

2. Überlieferungsbildung

2.1. Unterlagenbegriff

Bis auf das niedersächsische Archivgesetz (NArchG), das den Begriff „Schriftgut“ verwendet (§ 2 I NArchG), benutzen alle anderen Archivgesetze den Begriff „Unterlagen“. Der Begriff wird unterschiedlich definiert und umfasst mehr oder weniger detailliert neben Akten und anderen Schriftstücken auch Amtsbücher, amtliche Publikationen, Karten, Pläne, Siegel und Stempel.¹⁴ Lediglich das saarländische Archivgesetz (SArchG) bezog zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens bereits 1992 den Begriff der „elektronischen Informationsträger und Daten“

⁸ Nur für Unterlagen, die die Landesarchive vom Bund übernehmen, und für Unterlagen, die Rechtsvorschriften des Bundes über Geheimhaltung unterliegen, gilt auch das Bundesarchivgesetz, vgl. dazu und einigen wenigen Ausnahmen Kapitel II 2 c.

⁹ Polley, Bestandsaufnahme, S. 31; ders., StUG, S. 158 f.; Korte-Böger, Recht auf Benutzung, S. 16; Schreckenbach, Archivgesetze, S. 290; Rausch, Harmonisierungsbedarf, S. 100; Hänger/Herrmann, Herausforderungen, S. 25; Rehm, Novellierung, S. 331; ders./Bickhoff, Einleitung, S. 6, 9; Kretzschmar, Die deutschen Archive, Sp. 233; Manegold, Archivrecht?, S. 35, 49; Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 14 f.; Martin-Weber, Informationsfreiheitsgesetz, S. 25.

¹⁰ Nicht abschließend: Polley, Einschränkungen; ders., StuG; ders., Bestandsaufnahme; ders., Amtsträger; ders., Komparative Normenanalyse; ders., Fachaufgaben; ders., Archivrecht; Schäfer, Patientengeheimnis; ders., Recht auf Zugang; ders., Rechtsvorschriften; Günther, Konflikte; Bizer, Zugangsregelungen; Klein, Benutzung; ders., Vom Umgang; Schröder, Persönlichkeitsschutz; Manegold, Archivrecht; ders., Archivrecht?; Schreckenbach, Archivrecht; ders., Archivgesetze; Brüdegam, Festsetzung; Ittner, Zugangsregelungen; Hemme, Veränderungen; Wiech, Die digitale Herausforderung; Becker, Staatsaufbau; dies., Bewertungshoheit; Rose, Informationsfreiheitsgesetze.

¹¹ Schilling, Zehn Jahre, S. 238.

¹² ARK-Empfehlungen.

¹³ Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz.

¹⁴ Becker, Bewertungshoheit, S. 59; Nadler, Archivierung, S. 69 f.

in die Definition anbieterpflichtiger Unterlagen ein (§ 2 I SArchG).¹⁵ Die übrigen Archivgesetze enthalten mehr oder weniger ausführliche Umschreibungen bzw. Begriffe, unter denen die Subsumtion heutiger elektronischer Unterlagen möglich ist, am häufigsten den Begriff „sonstige Informationsträger“. Lediglich Niedersachsen verwendet, wie zuvor Berlin und Sachsen, ausschließlich den engeren Begriff des „maschinenlesbaren Datenträgers“. In der Praxis haben jedoch alle bisherigen definitorischen Versuche bei der Anbieterung elektronischer Unterlagen zu Anwendungsschwierigkeiten geführt.¹⁶ Die Verfasser der ARK-Empfehlungen verständigten sich deshalb zunächst auf eine einheitliche Verwendung des Begriffs „elektronische Unterlage“ und schlugen mit Bezug auf § 2 II Sächsisches Archivgesetz (SächsArchG) zur Lösung der begrifflichen Problematik vor, eine definitorische Umschreibung von Speicherform und Datenträger zu vermeiden („Unterlagen sind ... unabhängig von ihrer Speicherungsform“), jedoch an der bisherigen beispielhaften Aufzählung festzuhalten, um den anbieterpflichtigen Stellen eine praktische Vorstellung der anzubietenden Unterlagen zu ermöglichen.¹⁷ Der ProfE schlug eine beispielhafte Aufzählung vor, die „Bild-, Film- und Tonmaterial, elektronische sowie sonstige Informationsträger“ einschließt (§ 3 II ProfE).¹⁸ Die jüngsten Novellierungen folgten weitgehend dem Vorschlag der ARK (§ 2 II HArchG, § 2 I 2 und 3 BremArchG, § 2 I ArchG NRW, § 2 I LArchG RLP, § 2 II SächsArchG, § 4 I ArchGB, § 2 III ArchG LSA).¹⁹ Im neuen Bundesarchivgesetz wurde dagegen bei der Definition des Unterlagenbegriffs jede Beziehung zum Informationsträger aufgegeben und auf eine beispielhafte Aufzählung verzichtet (§ 1 Nr. 9 BArchG), um für neue Informationsträger offen zu sein.²⁰

2.2. Beratungskompetenz

Die meisten Archivgesetze statuieren eine Beratungskompetenz der Archive gegenüber anbieterpflichtigen Stellen hinsichtlich der Schriftgutverwaltung, vor allem um eine reibungslose Übernahme zu ermöglichen.²¹ Nicht genannt wird eine entsprechende Beratungstätigkeit nur in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowie dem früheren Archivgesetz des Saarlands.²² Inzwischen ist in letzterem wie in Baden-Württemberg die Beratung als „Kann-Bestimmung“, in Schleswig-Holstein ist diese verpflichtender („hat... zu beraten“) formuliert. Da in den Archivgesetzen für den Fall der Einführung elektronischer Schriftgutverwaltung oder anderer IT-Systeme keine entsprechende Beratung durch die Archive formuliert worden war, wurden diese bei Konzipierung und Durchsetzung entsprechender Systeme häufig nicht einbezogen. Aus diesem Grund forderten die ARK-Empfehlungen die Einführung einer gesetzlichen Verpflichtung öffentlicher Stellen, die jeweilige staatliche Archivverwaltung an

¹⁵ Hemmie, Veränderungen, S. 28. Das Archivgesetz von Nordrhein-Westfalen sprach 1989 in § 3 IV von „programmgesteuerte[n] mit Hilfe von ADV-Anlagen geführte[n] Datenbestände[n]“.

¹⁶ ARK-Empfehlungen, S. 3 f.; Berger, Sächsisches Archivgesetz, S. 27, der darauf hinweist, dass dieser Begrifflichkeit „Bestimmtheit und Normenklarheit“ fehlte.

¹⁷ ARK-Empfehlungen, S. 3 f.; Hemmie, Veränderungen, S. 29; Wiech, Die digitale Herausforderung, S. 4.

¹⁸ Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 79 f.; Schoch, Modernisierung, S. 73.

¹⁹ Becker, Bewertungshoheit, S. 60 mit FN 8; Steinert, Das neue Archivgesetz, S. 45; Wiech, Vom Archivgesetz, S. 114; Eiler/Reinhardt, Novelliertes Archivrecht, S. 170; Eiler, Ein neues Archivgesetz, S. 6; Hausmann, Änderungen, S. 56; Berger, Sächsisches Archivgesetz, S. 26, 28. In Rheinland-Pfalz ist in Übereinstimmung mit einem Vorschlag des VdA von „unabhängig von ihrer Speicherungsform [...] angefallenen Informationen“ die Rede, Archivgesetz Rheinland-Pfalz, S. 326. Das HArchG spricht von „digitale[n] Aufzeichnungen, unabhängig ihrer Speicherungsform“, vgl. zu den Unterschieden bei den Neuerungen, Berger, Sächsisches Archivgesetz, S. 28.

²⁰ Weber-Martin, Novellierung, S. 15; Partsch, Bundesarchivgesetz, S. 107. Dort heißt es „Aufzeichnungen jeder Art, unabhängig von ihrer Speicherung“; positiv Berger, Neuregelung, S. 16.

²¹ § 3 IV 1 BArchG, § 2 I 2 LArchG BW, Art. 4 V 1 BayArchG, § 3 III 1 ArchGB, § 3 II BbgArchG, § 1 III BremArchG, § 1 IV HmbArchG, § 4 III HArchG, § 5 IV LArchG MV, § 3 VI 1 ArchG NRW, § 6 V LArchG RLP, § 9 II SArchG, § 4 V SächsArchG, § 5 I 1 LArchG SH, § 7 II ThürArchG.

²² ARK-Empfehlungen, S. 5; Hemmie, Veränderungen, S. 30 mit FN 243; Nadler, Archivierung, S. 62; Polley, Bestandsaufnahme, S. 26; Oldenhage, Bemerkungen, Sp. 486; Manegold, Archivrecht, S. 171 mit FN 168.

der Entwicklung bzw. Fortentwicklung eines elektronischen Systems zu beteiligen.²³ Entsprechende Formulierungen sind mittlerweile in die Archivgesetzen im Saarland (§ 9 II 2 SArchG), in Rheinland-Pfalz (§ 6 V 1 LArchG RLP), Nordrhein-Westfalen (§ 3 VI ArchG NRW), Hessen (§ 4 III 2 HArchG), Berlin (§ 3 III 2 ArchGB) und Bremen (§ 1 III BremArchG) aufgenommen worden. In Sachsen ist das Staatsarchiv bei der Einführung bestehender Systeme zwingend anzuhören (§ 4 V 2 SächsArchG), das Bundesarchiv ist rechtzeitig zu informieren (§ 3 IV 2).²⁴ In Nordrhein-Westfalen ist die Stellung dadurch besonders gestärkt, dass das Landesarchiv bei der Festlegung von landesweit gültigen Austauschformaten mitwirkt (§ 3 V ArchG NRW); soweit von diesen abgewichen werden soll, ist eine Abstimmung mit dem Landesarchiv für anbietende Stellen zwingend erforderlich (§ 3 VI 4 ArchG NRW).²⁵ Der ProfE spricht nicht explizit von Beteiligung, sondern nur davon, dass auch die Beratung bei der Einführung elektronischer Systeme zur Aufgabe des Bundesarchivs gehört (§ 5 III 1 ProfE).²⁶

2.3. *Anbietung*

2.3.1. *Anbietungsfristen*

Die Landesarchivgesetze sehen inzwischen durchweg eine Regel-Anbietungsfrist spätestens 30 Jahre ab Entstehung der Unterlagen vor.²⁷ Die im Archivgesetz von Nordrhein-Westfalen zunächst geltende Anbietungsfrist von 60 Jahren (§ 3 I 1 ArchG NRW a.F.) wurde 2010 auf 30 Jahre herabgesetzt (§ 4 I 2 ArchG NRW).²⁸ Das Bundesarchivgesetz, das zunächst keine festen Anbietungsfristen kannte,²⁹ legt erst mit der jüngsten Novellierung fest, dass Unterlagen 30 Jahre nach ihrer Entstehung angeboten werden sollen (§ 5 I 2 BArchG).³⁰ Der Entstehungszeitraum der Unterlagen, mit dem die Anbietungsfrist beginnt, bemisst sich in Niedersachsen (§ 3 I 3 NArchG), Sachsen-Anhalt (§ 9 I 1 ArchG LSA), Mecklenburg-Vorpommern (§ 3 V i.V.m. § 6 I LArchG MV) und mittlerweile beim Bund (§ I Nr. 5 BArchG) nach „der letzten inhaltlichen Bearbeitung“, in Sachsen seit der letzten Novellierung (§ 2 V i.V.m. § 5 I 2 ArchG LSA) wie dem ProfE (§ 3 VII) nach „der letzten Bearbeitung“. In Thüringen gilt der Schließungszeitpunkt (§ 11 I 2 ThürArchG) einer Akte als Fristbeginn. Das neue Berliner Archivgesetz stellt auf die letzte inhaltliche Bearbeitung oder die Vervollständigung ab (§ 5 I 2 ArchGB), Schleswig-Holstein auf die Vervollständigung oder den letzten organischen Zuwachs (§ 3 V LArchG SH).³¹

²³ ARK-Empfehlungen, S. 5; Wiech, Die digitale Herausforderung, S. 5; Hemmie, Veränderungen, S. 31. ²⁴ Hemmie, Veränderungen, S. 30 f., 45 f.; Eiler, Ein neues Archivgesetz, S. 6; Wiech, Die digitale Herausforderung, S. 5; dies., Vom Archivgesetz, S. 114; dies., Ein Jahr danach, S. 88; Martin-Weber, Novellierung, S. 14 mit FN 37; Hausmann, Änderungen, S. 56; Vollmer, Novellierung, S. 4; Battenberg, Archivgesetznovellierungen, S. 14.

²⁴ Hemmie, Veränderungen, S. 30 f., 45 f.; Eiler, Ein neues Archivgesetz, S. 6; Wiech, Die digitale Herausforderung, S. 5; dies., Vom Archivgesetz, S. 114; dies., Ein Jahr danach, S. 88; Martin-Weber, Novellierung, S. 14 mit FN 37; Berger, Sächsisches Archivgesetz, 48 f.; Hausmann, Änderungen, S. 56; Vollmer, Novellierung, S. 4; Battenberg, Archivgesetznovellierungen, S. 14; Berger, Neuregelung, S. 17.

²⁵ Wiech, Ein Jahr danach, S. 88.

²⁶ Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 100.

²⁷ § 3 I 2 LArchG BW, Art. 6 I BayArchG, § 8 I HArchG, § 5 I ArchGB, § 4 I BbgArchG, § 3 I 5 BremArchG, § 3 I HmbArchG, § 6 I LArchG MV, § 3 I NArchG, § 4 I ArchG NRW, § 7 I LArchG RLP; § 8 I SArchG, § 5 I SächsArchG, § 9 I ArchG LSA, § 6 I LArchG SH, § 11 I ThürArchG, vgl. Partsch, Bundesarchivgesetz, S. 97.

²⁸ Wiech, Vom Archivgesetz, S. 114; dies., Ein Jahr danach, S. 88; Hemmie, Veränderungen, S. 33 mit FN 260; Manegold, Archivrecht, S. 206; Polley, Bestandsaufnahme, S. 24; ders., Archivgesetzgebung, S. 33; Scholz, Ausnahmen, S. 37; Treffeisen, Aussonderungsvereinbarungen, S. 167 f.

²⁹ Eine Anbietungsfrist scheiterte seinerzeit entgegen den Zielen des Bundesarchivs an den Sonderinteressen des Auswärtigen Amtes, das für sein Politisches Archiv eine zeitlich unbegrenzte Aufbewahrungsfrist reklamiert; Oldenhage, Bemerkungen, Sp. 480; Manegold, Archivrecht, S. 153 f., 207.

³⁰ Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 2, 52; Partsch/Koschmieder, Informationszugang, S. 3418.

³¹ Hemmie, Veränderungen, S. 33, Manegold, Archivrecht, S. 209; Bizer, Zugangsregelungen, Sp. 413; Kuchler, Übermittlung, S. 128 FN 3; Bohmbach, Rechtliche Probleme, S. 80; Merker, Niedersachsen, S. 5; Nadler, Archivierung, S. 91 f.; Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 82 f.; Treffeisen, Anbietungspflicht, S. 55; mit Kritik zur Gesetzesbegründung zum BArchG Part-

Ansonsten sprechen die Archivgesetze lediglich allgemein vom Entstehungszeitpunkt der Unterlagen, Hamburg von der „endgültige[n] Entstehung“ (§ 1 2 HmbArchG). Nach den Begründungen zum bayerischen und sächsischen Archivgesetz fällt die Entstehung einer Unterlage mit deren „Verkörperung“ zusammen.³² Neben dem Bund formulieren auch Hamburg und Thüringen wie zuvor Hessen die Anbietungsfrist als Soll-Vorschrift; die meisten Länder gehen von einer Muss-Vorschrift aus, die in Bayern und Rheinland-Pfalz („in der Regel...“) abgeschwächt, in Hessen nunmehr kategorisch ausgedrückt ist („sind verpflichtet“). Besonders zurückhaltend ist das Bremer Archivgesetz.³³ Die Archivgesetze von Berlin (§ 5 I ArchGB), Brandenburg (§ 4 I 1 BbgArchG), Rheinland-Pfalz (§ 7 I 1 LArchG RLP), Niedersachsen (§ 3 I 1 NArchG) und Sachsen-Anhalt (§ 9 I ArchG LSA) verpflichten die abgebenden Stellen darüber hinaus, anbietungspflichtige Unterlagen dem zuständigen Archiv „unverändert“ bzw. „im Originalzustand“ anzubieten bzw. zu übergeben.³⁴

2.3.2. Anbietungspflicht von Datenbanken

Ein besonderes Problem ergibt sich bei der Anbietung elektronischer Unterlagen wie Datenbanken, die im archivistischen Sinne nicht „geschlossen“, sondern fortlaufend geführt und aktualisiert werden. Hier war es trotz entsprechender Bemühungen aufgrund der bestehenden Rechtslage oft nicht möglich, eine Anbietung der Daten durchzusetzen. Die ARK-Empfehlungen schlagen daher vor, eine grundsätzliche Anbietungspflicht auch für laufend geführte Datenbanken gesetzlich zu verankern, dabei aber die Übergabemodalitäten nicht abschließend gesetzlich zu regeln, sondern auf untergesetzliche Verwaltungsvorschriften zu verweisen.³⁵ Auch der ProfE fordert eine entsprechende Anbietungspflicht, sieht aber vor, dass das Archiv die Anbietung von Unterlagen jährlich verlangen kann, wenn diese in elektronischer Form gespeichert und aktualisiert werden (§ 6 III 2 ProfE).³⁶ Die neueren Archivgesetze von Nordrhein-Westfalen (§ 4 I 4 ArchG NRW), Hessen (§ 9 HArchG), Bremen (§ 3 II Nr. 3 BremArchG) und Sachsen (§ 5 I 3 SächsArchG) sehen vor, dass elektronische Unterlagen, die einer laufenden Aktualisierung unterliegen, ebenfalls zur Archivierung anzubieten sind. In Rheinland-Pfalz ist nur von anzubietenden „elektronische[n] Unterlagen“ die Rede (§ 7 III LArchG RLP). Das Hessische Archivgesetz bestimmt in § 9 II, dass die Form der Anbietung und der Übernahmezyklus vom Archiv mit Zustimmung der abgebenden Stelle festgelegt werden.³⁷ In Sachsen regeln Staatsarchiv und fachlich zuständige Behörde Näheres einvernehmlich (§ 5 IV SächsArchG), was bedeutet, dass die Zustimmung beider Stellen zwingend erforderlich ist. Eine Regelung, wie vom ProfE vorgeschlagen, hat lediglich das Saarland getroffen, wo dem Landesarchiv das Recht zusteht, in elektronischer Form gespeicherte und laufend aktualisierte Unterlagen jährlich zu verlangen (§ 8 I 5 SArchG).³⁸ Das neue Bundesarchivgesetz sieht vor, dass die Unterlagen nach einvernehmlich zwischen Bundesarchiv und abgebender Stelle festgelegten Stichtagen anzubieten sind (§ 5 III 5 BArchG).³⁹ Auch in Sachsen-Anhalt war im Entwurf zur Novellierung (§ 9 b ArchG LSA) eine entsprechende Anbietungs-

sch/Koschmieder, Informationszugang, S. 3418. Unzutreffend aber Partsch, Bundesarchivgesetz, S. 98 mit Fn 33, wonach nur Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen auf „die letzte inhaltliche Bearbeitung“ verweisen.

³² Bayerischer Landtag, Drs. 11/8185, S. 11; Nadler, Archivierung, S. 91 f.; Treffeisen, Anbietungspflicht, S. 55.

³³ Polley, Bestandsaufnahme, S. 24; Kuchler, Übermittlung, S. 128 FN 3; Nadler, Archivierung, S. 91; Partsch, Bundesarchivgesetz, S. 137.

³⁴ Hemmie, Veränderungen, S. 40, vgl. ARK-Empfehlungen, S. 7.

³⁵ ARK-Empfehlungen, S. 6; Hemmie, Veränderungen, S. 34; Wiech, Die digitale Herausforderung, S. 5; Martin-Weber, Novellierung, S. 10, 14; Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 116 f.

³⁶ Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 116 f.; Schoch, Modernisierung, S. 479 f.; Hemmie, Veränderungen, S. 34; Scholz, Archivrecht, S. 73; Treffeisen, Anbietungspflicht, S. 69 f.

³⁷ Keitel, Aussonderung und Übergabe, S. 83 mit FN 42; Hemmie, Veränderungen, S. 46; Wiech, Ein Jahr danach, S. 88; Vollmer, Novellierung, S. 4; Battenberg, Archivgesetznovellierungen, S. 14.

³⁸ Hemmie, Veränderungen, S. 34; Berger, Sächsisches Archivgesetz, S. 68.

³⁹ Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 55.

pflicht vorgesehen, die sich an den neueren Archivgesetzen orientierte, jedoch nicht in die Endfassung des Gesetzes übernommen wurde.⁴⁰

2.3.3. Anbietungspflicht von juristischen Personen des Privatrechts

Der Geltungsbereich der meisten Archivgesetze ist auf die klassischen öffentlichen Stellen beschränkt. Dies wird für die Überlieferungsbildung in Zeiten immer stärkerer Privatisierung zu einem zunehmenden Problem, da die archivgesetzliche Anbietungspflicht nur noch bedingt oder gar nicht mehr greift.⁴¹ In Niedersachsen waren von vornherein auch Stiftungen privaten Rechts, deren Stiftungsvermögen vom Land oder einem seiner Rechtsvorgänger ganz oder überwiegend bereit gestellt worden ist, sowie andere juristische Personen des Privatrechts der archivgesetzlichen Anbietungspflicht unterworfen, wenn sie nicht am Wettbewerb teilnehmen und dem Land mehr als die Hälfte der Anteile oder Stimmrechte zusteht (§ 1 II NArchG).⁴² Das Vorbild hat in Sachsen-Anhalt (§ 2 I 2 ArchG LSA) und dann in den novellierten Landesarchivgesetzen von Hessen (§ 2 VI i.V.m. § 8 I 1 HArchG), Bremen (§ 3 I 2 und 3 BremArchG) und Berlin (§ 5 I 4 ArchGB) zu einer entsprechenden Erweiterung des Begriffs der anbietungspflichtigen öffentlichen Stellen auf juristische Personen des Privatrechts geführt.⁴³ Der ProfE hat ebenfalls eine solche Bestimmung aufgenommen (§ 6 I). Auch Rheinland-Pfalz hat 2010 die juristischen Personen des Privatrechts und ihre Vereinigungen, die öffentliche Aufgaben erfüllen und nicht am Wettbewerb teilnehmen (§ 1 S. 2 LArchG RLP), öffentlichen Stellen gleichgestellt⁴⁴ Nordrhein-Westfalen lässt durch eine „Kann-Regelung“ zu, Archivgut von privatrechtlich organisierten, ganz oder mehrheitlich der öffentlichen Hand gehörenden Einrichtungen, die nicht am Wettbewerb teilnehmen, zu übernehmen (§ 3 III 2 ArchG NRW).⁴⁵ Nach einigen Archivgesetzen unterliegen zudem Unterlagen von Unternehmen, die ehemals in öffentlicher Trägerschaft standen, für diese Zeit der Anbietungspflicht, so in den novellierten Archivgesetzen von Hessen (§ 1 II HArchG), Nordrhein-Westfalen (§ 1 II ArchG NRW), Bremen (§ 3 VI BremArchG), Berlin (§ 5 I 3 ArchGB) und Sachsen (§ 5 III SächsArchG).⁴⁶ Weitergehende Vorstellungen des ProfE, wonach auch von Privatpersonen Unterlagen von gesamtstaatlicher Bedeutung angefordert werden können, wenn daran ein zwingendes öffentliches Interesse besteht (§ 7 I ProfE),⁴⁷ wurden in keinem Gesetz verwirklicht.

2.3.4. Ausnahmen von der Anbietungspflicht

Von der Anbietungspflicht ausdrücklich ausgenommen sind nach den meisten Archivgesetzen unzulässig gespeicherte bzw. erhobene Daten.⁴⁸ Lediglich Baden-Württemberg, Bayern und Berlin haben wie die ersten Fas-

⁴⁰ Landtag Sachsen-Anhalt, Drs. 6/2382, S. 4, 32 f. Kritisch dazu der Datenschutzbeauftragte des Landes: von Bose, Herausforderungen, S. 13-15.

⁴¹ Kappelhoff, Archivgesetzgebung, S. 49.

⁴² Kappelhoff, Archivgesetzgebung, S. 50 f.; Merker, Niedersachsen, S. 4 f.; Polley, Bestandsaufnahme, S. 23; Niedersächsischer Landtag, Drs. 12/4271, S. 11 f.

⁴³ Polley, Archivrecht, S. 35; Kappelhoff, Archivgesetzgebung, S. 56; Landtag von Sachsen-Anhalt, Drs. 2/383, S. 9; Hessischer Landtag, Drs. 16/7062, S. 5; Battenberg, Archivgesetznovellierungen, S. 15 f.

⁴⁴ Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 15/4174, S. 8, 11; Hausmann, Änderungen, S. 56. Zum Problem für Rheinland-Pfalz auch Bönner, Novellierung, S. 100.

⁴⁵ Landtag Nordrhein-Westfalen, Drs. 14/10028, S. 13 f.

⁴⁶ Becker, Bewertungshoheit, S. 61 mit FN 11; Hemmie, Veränderungen, S. 13; Wiech, Vom Archivgesetz, S. 113; dies., Ein Jahr danach, S. 87; Steinert, Das neue Archivgesetz, S. 44; Wettmann, Novellierung, S. 103; Landtag Nordrhein-Westfalen, Drs. 14/10028, S. 12; Hessischer Landtag, Drs. 16/7062, S. 6; Battenberg, Archivgesetznovellierungen, S. 16; Berger, Sächsisches Archivgesetz, S. 75.

⁴⁷ Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 120-127; Schoch, Modernisierung, S. 56.

⁴⁸ BArchG § 6 II Nr. 2, § 4 II Nr. 1 BbgArchG, § 3 II Nr. 1 BremArchG, § 3 II 2 HmbArchG, § 6 II LArchG MV, § 3 III NArchG, § 4 II ArchG NRW, § 7 II/§ 4 II Nr. 1 LArchG RLP, § 8 II Nr. 1 SArchG, § 9a I Nr. 1 ArchG LSA, § 6 II 2 LArchG SH, § 11 II 2 ThürArchG;

sungen der Gesetze Hessens und des Bundes auf Regelungen für derartige Unterlagen verzichtet.⁴⁹ Nach dem saarländischen Archivgesetz sind solche Daten auch nach erfolgter Archivierung zu löschen (§ 5 I HArchG).⁵⁰ In den Novellierungen der Archivgesetze von Hessen und Sachsen ist es erstmals gelungen, die Anbietungspflicht unzulässig gespeicherter Unterlagen von Verwaltungsstellen an die öffentlichen Archive festzuschreiben (§ 8 II HArchG, § 5 II SächsArchG). In Hessen, wo im Entwurf zunächst eine Löschungspflicht vorgesehen war, drängte der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) in seiner Stellungnahme erfolgreich auf eine Anbietungspflicht. In Sachsen sind entsprechende Unterlagen besonders zu kennzeichnen (§ 5 II 2 SächsArchG), damit bei der Benutzung besonders schützenswerte Interessen Betroffener berücksichtigt werden können.⁵¹ Eine solche Regelung wurde auch im ProfE vorgeschlagen (§ 3 II Nr. 2 ProfE).⁵² Bei der Novellierung des nordrhein-westfälischen Archivgesetzes war eine Festschreibung unrechtmäßig erhobener Daten in die Anbietungspflicht kontrovers diskutiert worden und konnte zunächst nicht durchgesetzt werden. Die Frage soll für die nächste Novellierung des Datenschutzgesetzes erneut auf die Tagesordnung kommen.⁵³ Auch in Bremen hatten der VdA und der Verband der Historiker gefordert, unzulässig gespeicherte Daten in die Anbietungspflicht einzubeziehen. Der Senat übernahm hier die Auffassung des Datenschutzbeauftragten, der darin einen Grundrechtsverstoß sah.⁵⁴ Ähnliche Regelungen gelten in einigen Ländern für Unterlagen, deren Offenbarung gegen das Post- und Fernmeldegeheimnis verstößt.⁵⁵

Das Hamburger Archivgesetz schließt wie das BArchG auch Unterlagen von der Anbietungspflicht aus, deren Offenbarung gegen die Unverletzlichkeit der Wohnung verstößt, sowie Daten, die nach dienst- oder arbeitsrechtlichen Vorschriften zu löschen oder zu tilgen sind.⁵⁶ Ein völlig neuer und erheblich erweiterter Katalog von Ausnahmen der Anbietungspflicht findet sich im novellierten Landesarchivgesetz von Sachsen-Anhalt: Hier werden, insbesondere – unter Hinweis auf die Rechtsprechung des BVerfG zum absolut geschützten Kernbereich der privaten Lebensführung – Unterlagen von der Anbietungspflicht ausgenommen, die in Ausübung von Befugnissen zur heimlichen Informationsbeschaffung von Polizei oder Verfassungsschutz entstanden sind und den Kernbereich privater Lebensgestaltung betreffen (§ 9a I ArchG LSA).⁵⁷ Besonders problematisch er-

Hemmie, Veränderungen, S. 16 mit FN 122; Manegold, Archivrecht, S. 221; Steinert, Das neue Archivgesetz, S. 48; Schilling, Vorfeldarbeit, S. 327, 329; Scholz, Löschung, S. 27; Nadler, Archivierung, S. 28.

⁴⁹ Scholz, Ausnahmen, S. 38. In Bayern war eine entsprechende Regelung offensichtlich ursprünglich geplant, Bayerischer Landtag, Drs. 11/8185, S. 16.

⁵⁰ Krüger, Datenschutz, S. 39.

⁵¹ Sächsischer Landtag, Drs. 5/9386, S. 5; Berger, Sächsisches Archivgesetz, S. 74 f.; Polley, Archivrecht, S. 35; Hemmie, Veränderungen, S. 17; Vollmer, Novellierung, S. 4; Scholz, Ausnahmen, S. 38; Hessischer Landtag, Drs. 18/6531, S. 1, 3; Eiler/Reinhardt, Novelliertes Archivrecht, S. 169; Wettmann, Novellierung, S. 103.

⁵² Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 16, 115; Archivgesetz NRW, S. 220.

⁵³ Hemmie, Veränderungen, S. 16 f.; Rehm, Novellierung Archivgesetz Hessen, S. 119; Wiech, Vom Archivgesetz, S. 112 f.; dies., Ein Jahr danach, S. 89; Scholz, Ausnahmen, S. 38; Landtag Nordrhein-Westfalen, Drs. 14/10028, S. 15; Archivgesetz NRW, S. 219; Rehm, Novellierung, S. 330.

⁵⁴ Bremische Bürgerschaft, Drs. 18/838, S. 2.

⁵⁵ BArchG § 6 II Nr. 1, BayArchG Art. 6 II 4, § 4 III BbgArchG, § 3 II HmbArchG, § 6 II LArchG SH, § 6 II LArchG MV, § 9a I Nr. 2 ArchG LSA und mittlerweile auch § 5 IV ArchGB.

⁵⁶ Becker, Bewertungshoheit, S. 66 mit FN 37; Scholz, Löschung, S. 28; Manegold, Archivrecht, S. 226; Partsch, Bundesarchivgesetz, S. 166; Bayerischer Landtag, Drs. 11/8185, S. 11. Der Schutzbereich von Art. 10 GG wird jedoch nicht berührt bei Briefen, die an öffentliche Stellen adressiert oder diesen vom Empfänger willentlich übergeben oder rechtmäßig beschlagnahmt wurden, Manegold, Archivrecht, S. 226.

⁵⁷ Landtag von Sachsen-Anhalt, Drs. 6/3482, S. 3 f., 20, 22, 30; Scholz, Ausnahmen, S. 39; ders., Löschung, S. 28, 31; von Bose, Herausforderungen, S. 12 f.

scheint zudem die eingeschränkte Anbietungspflicht für Nachrichtendienste nach dem BArchG (§ 6 Abs. 1 S. 2 BArchG).⁵⁸

2.4. Anonymisierungspflichten

Die Archivgesetze von Baden-Württemberg (§ 3 I 5 LArchG BW) und diesem folgend Nordrhein-Westfalen (§ 4 II Nr. 2 ArchG NRW), dem Saarland (§ 8 II 2 SArchG), Brandenburg (§ 4 II Nr. 3 BbgArchG) und Mecklenburg-Vorpommern (§ 6 II 2 LArchG MV) schreiben bei besonders sensiblen Unterlagen, deren Offenbarung nach § 203 StGB als Verletzung von Privatgeheimnissen strafbar ist, die Übergabe in anonymisierter Form vor – die Originalquellen müssen vor der Übergabe geschwärzt werden. Dies gilt für die Aufzeichnungen von Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberatern und Beratern für Suchtfragen (§ 203 I Nr. 4 StGB) sowie von Stellen der Schwangerschaftskonfliktberatung (§ 203 I Nr. 4a StGB). In den Archivgesetzen von Brandenburg und dem Saarland kamen noch die Unterlagen der Beratungsstellen von Ärzten und anderen Heilberufen (§ 203 I Nr. 1 StGB) hinzu, in Nordrhein-Westfalen wurden darüber hinaus Berufspsychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung (§ 203 I Nr. 2 StGB) in die Anonymisierungspflicht mit einbezogen. In Mecklenburg-Vorpommern wird nur auf die „gemäß § 203 Abs. 1 des Strafgesetzbuches geschützten Unterlagen einer Beratungsstelle“ verwiesen.⁵⁹

Ebenso sah der ursprüngliche Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Bundesarchivgesetz vom 26.3.1985 in § 2 III die zwingende Anonymisierung besonders sensibler Unterlagen vor. Während der Sprecher der liberalen Regierungsfraktion im Bundestag als überzeugter Verfechter des Datenschutzes auftrat, dem die Vorkehrungen zu Wahrung der informationellen Selbstbestimmung nicht weit genug gehen konnten, erhob sich dagegen massiver Widerstand von Historikern und Archivaren, der auch von sozialdemokratischer und grüner Opposition im Bundestag unterstützt wurde.

Aufgrund dieser strikten Ablehnung wurde eine vollständige Anonymisierung in der Endfassung des Gesetzes verworfen.⁶⁰ Auch bei den Beratungen zum Archivgesetz in Baden-Württemberg kritisierte die Opposition aus SPD, Grünen und hier auch der FDP die Beschränkung der historischen Forschung durch Anonymisierungsaufgaben; sie konnte zumindest ihre Ausweitung verhindern. Das Festhalten an der Anonymisierungspflicht fiel zu diesem Zeitpunkt umso leichter, als damals auch der Entwurf zum Bundesarchivgesetz noch eine derartige Bestimmung vorsah.⁶¹ Der mehrheitlich sozialdemokratische Gesetzgeber des Saarlandes ging beim Datenschutz besonders weit und setzte außer für Unterlagen, die der besonderen Geheimhaltung nach § 203 I StGB unterliegen, die Anonymisierung auch für sonstige personenbezogene Unterlagen durch, falls das Landesarchiv und die abgebende Stelle zur Auffassung kommen, dass die datenschutzwürdigen Interessen der Betroffenen anders nicht gewahrt werden können. Im Extremfall kann hier die abgebende Stelle sogar die Abgabe verweigern (§ 9 VI SArchG).⁶² Die Anonymisierungsfrage kam auch während der parlamentarischen Beratungen zum novellierten Archivgesetz in Nordrhein-Westfalen zur Sprache: Der Gesetzentwurf der Landesregierung sah in § 4 II Nr. 2 verschärfte Anonymisierungspflichten bei der Übernahme von Gesundheitsunterlagen vor. Aufgrund der Ein-

⁵⁸ Vgl. hierzu Partsch, Bundesarchivgesetz, S. 151-166.

⁵⁹ Scholz, Ausnahmen, S. 38; Polley, Bestandsaufnahme, S. 25; ders., StUG, S. 166 FN 43; Krüger, Datenschutz, S. 38; Becker, Bewertungshoheit, S. 66; Schulte, Das nordrhein-westfälische Archivgesetz, S. 25; Rehm, Zugang, S. 141 FN 25; Richter, Landesarchivgesetzgebung, S. 237; Nadler, Archivierung, S. 82; Schmitz, Archive, S. 108 FN 55; Schäfer, Rechtsvorschriften, S. 54.

⁶⁰ Deutscher Bundestag, Drs. 11/498, S. 19; Krüger, Datenschutz, S. 37; Hemmie, Veränderungen, S. 15 mit FN 109; Weber, Archivgesetzgebung, S. 70; Oldenhage, Bemerkungen, Sp. 483; Polley, Gesetz, S. 2027; Müller, Auf dem Weg, S. 112; Manegold, Archivrecht, S. 158-162, 166; Nadler, Archivierung, S. 27; Wyduckel, Archivgesetzgebung, S. 330.

⁶¹ Krüger, Datenschutz, S. 38; Müller, Landesarchivgesetz, S. 20; Richter, Landesarchivgesetzgebung, S. 237, 244 f., 251-253.

⁶² Krüger, Datenschutz, S. 38.

wendungen des Landkreistages Nordrhein-Westfalen und des VdA sprach sich die Mehrheit der Landtagsabgeordneten jedoch dagegen aus.⁶³ In allen anderen Landesarchivgesetzen wurde von Anonymisierungspflichten Abstand genommen.⁶⁴

2.5. Bewertungsvorgang

2.5.1. Bewertungskompetenz

Alle Gesetzgeber haben die Bewertungskompetenz den Archiven zugewiesen. Nach den meisten Regelungen entscheiden allein diese über die dauerhafte Aufbewahrung der Unterlagen, soweit die Bewertungskompetenz nicht durch gesetzliche Regelungen eingeschränkt wird.⁶⁵ In Bremen und Nordrhein-Westfalen wird ausdrücklich bestimmt, dass die Archive nach fachlichen Gesichtspunkten oder Kriterien über die Archivwürdigkeit der Unterlagen entscheiden, nicht fachliche Einflussnahmen werden also für unzulässig erklärt (§ 2 II BremArchG, § 2 VI ArchG NRW).⁶⁶ Andere Archivgesetze sehen vor, dass sich die Archive vor ihrer Entscheidung mit den anbieterpflichtigen Stellen ins Benehmen setzen.⁶⁷ Das „Benehmen“ stellt dabei lediglich eine Abstimmung dar, die endgültige Entscheidung liegt beim Archiv.⁶⁸ Entsprechend war ein Benehmen ursprünglich auch in Hessen (§ 11 I HArchG a.F.) vorgeschrieben. Im Entwurf zur Novellierung des hessischen Archivgesetzes war dann aber die Abgabe von Unterlagen ans Archiv offenbar aus finanziellen Erwägungen „im Einvernehmen“ mit den abgebenden Stellen“ vorgesehen – ein in der Bundesrepublik bis dahin einmaliger Versuch, die Bewertungskompetenz der Archive zu beschneiden. Infolge der Kritik des VdA während der Gesetzesanhörung wurde den abgebenden Stellen dann jedoch lediglich eine „Mitwirkung“ zugestanden (§ 10 I HArchG).⁶⁹

2.5.2. Feststellung der Archivwürdigkeit

Die meisten Archivgesetze legen fest, dass Unterlagen „archivwürdig“ sind, wenn ihnen aufgrund bestimmter Eigenschaften bleibender Wert zukommt.⁷⁰ Das Bundesarchivgesetz sowie die Landesarchivgesetze von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen verzichten auf den Begriff „archivwürdig“ und wählen stattdessen die Formulierung „bleibender Wert“ (§§ 1 Nr. 10, 5 II BArchG, § 2 II LArchG BW, § 2 II NArchG, § 1 I 1, 3 LArchG RLP). Nur in Thüringen wird der Begriff „archivwürdig“ allein verwendet (§ 2 II ThürArchG).⁷¹ Die

⁶³ Wiech, Vom Archivgesetz, S. 113; Archivgesetz NRW, S. 219; Lönnes, Archivgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 244; Hemmie, Veränderungen, S. 13.

⁶⁴ Hemmie, Veränderungen, S. 15 mit FN 109; Kropat, Archivgesetz, Sp. 366; Nadler, Archivierung, S. 75; Bayerischer Landtag, Drs. 11/8185, S. 12.

⁶⁵ Becker, Bewertungshoheit, S. 67 mit FN 39; Polley, Einschränkungen, S. 92; Manegold, Archivrecht, S. 176; Schreckenbach, Archivgesetze, S. 292.

⁶⁶ § 5 I BbgArchG, § 1 I i.V.m. § 2 II 2 BremArchG, § 1 I i.V.m. § 2 II HmbArchG, § 3 I 1 LArchG MV; § 3 IV NArchG, § 2 VI ArchG NRW, § 5 VI SächsArchG, § 7 I LArchG SH und mittlerweile auch § 4 III ArchGB; Becker, Bewertungshoheit, S. 69 mit FN 49; Steinert, Das neue Archivgesetz, S. 46; Oebbecke/Nienkemper, Archivbenutzung, S. 13. Für das Bundesarchiv wird die Unabhängigkeit der Bewertungsentscheidung durch die Dienst- und Fachaufsicht der Bundesregierung von Partsch, Bundesarchivgesetz, S. 121 verneint.

⁶⁷ § 3 II 2 BArchG, § 3 II LArchG BW, Art. 7 I 1 BayArchG, § 8 I LArchG RLP, § 9 I SArchG, § 12 I ThürArchG, § 9a III 1 ArchG LSA, zuvor auch § 5 IV SächsArchG a.F.

⁶⁸ Becker, Bewertungshoheit, S. 67 mit FN 40; Kießling, Bestimmungen, S. 38; Treffeisen, Aussonderungsvereinbarungen, S. 161 f.; Taddey, Landesarchivgesetz, Sp. 542; Polley, Einschränkungen, S. 92; Manegold, Archivrecht, S. 176; Schreckenbach, Archivgesetze, S. 292; vgl. auch Günther, Konflikte, S. 194 mit FN 5; Schilling, Vorfelddarstellung, S. 328, sieht im Benehmen das Recht der abgebenden Stelle, auch ihrerseits Archivgut zu bestimmen.

⁶⁹ Becker, Bewertungshoheit, S. 67 mit FN 41; Hemmie, Veränderungen, S. 14, 17; Rehm, Novellierung Archivgesetz Hessen, S. 119, 121; Hessischer Landtag, Drs., 18/6067, S. 19; Hessischer Landtag, Drs. 18/6531, S. 1, 3.

⁷⁰ Art. 2 II BayArchG, § 4 II ArchGB, § 2 II BremArchG, § 2 II HmbArchG, § 2 I HArchG, § 3 III LArchG MV, § 2 VI ArchG NRW, § 2 III SArchG, § 2 III SächsArchG, § 2 IV, ArchG LSA, § 3 III LArchG SH.

⁷¹ Becker, Bewertungshoheit, S. 68 mit FN 43-45; Taddey, Landesarchivgesetz, Sp. 539 f.; Manegold, Archivrecht, S. 172

Merkmale, mit denen Archivwürdigkeit und bleibender Wert archivgesetzlich bestimmt werden, können in drei Gruppen eingeteilt werden. Eine erste Gruppe umfasst den historischen, kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wert der Unterlagen, ihre Bedeutung für die Erforschung der Geschichte, für das Verständnis von Geschichte und Gegenwart oder für Wissenschaft und Forschung. Ein solches Kriterium findet sich in allen Archivgesetzen.⁷² Abgesehen von Thüringen (§ 2 II ThürArchG) und Hessen (§ 2 I HArchG) erwähnen auch alle Archivgesetze das Merkmal der „Archivwürdigkeit“ bzw. des „bleibenden Werts“ für Unterlagen, die für die drei Staatsgewalten oder zu deren Information von Bedeutung sind. Niedersachsen spricht hier von der „Erfüllung öffentlicher“ Aufgaben (§ 2 II NArchG), in Nordrhein-Westfalen taucht die Verwaltung nicht im Gesetzestext auf (§ 2 VI 1 ArchG NRW).⁷³ Das dritte Kriterium umfasst in unterschiedlicher Ausprägung Rechtssicherung und Rechtswahrung, wobei Abstufungen festzustellen sind. Außer in Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Thüringen sind Unterlagen archivwürdig, die zur Sicherung der Rechte oder berechtigter Belange Betroffener, Dritter, der Öffentlichkeit oder von Einzelpersonen dienen können. Niedersachsen (§ 2 II NArchG) und Sachsen-Anhalt (§ 2 IV ArchG LSA) sprechen von der „Sicherung berechtigter privater Interessen“, Nordrhein-Westfalen formuliert einen „bleibenden Wert für Dritte“ (§ 2 VI ArchG NRW).⁷⁴

Darüber hinaus findet sich in mehreren Archivgesetzen eine die Bewertungskompetenz einschränkende Bestimmung, wonach die Archive auch Unterlagen zu übernehmen haben, die nach Rechts- oder Verwaltungsvorschriften dauernd aufzubewahren sind⁷⁵ oder die „zur Rechtswahrung dauernd aufzubewahren sind“.⁷⁶ Sachsen-Anhalt spricht hier nur von „Rechtswahrung“ (§ 2 IV 1 ArchG LSA).⁷⁷ In Mecklenburg-Vorpommern gelten nach anderen Rechtsvorschriften dauernd aufzubewahrende Unterlagen lediglich als Zwischenarchivgut (§ 2 IV 2 LArchG MV). Das novellierte hessische Archivgesetz lässt es als einziges zu, dass nach Rechtsvorschriften aufzubewahrende Unterlagen auch bei der abgebenden Stelle verwahrt werden können (§ 7 III HArchG).⁷⁸ Keine dieser Einschränkungen der Bewertungskompetenz haben in den Archivgesetzen von Bremen (§ 2 II 1 BremArchG), Niedersachsen (§ 2 II NArchG), Brandenburg (§ 2 VI BbgArchG) sowie mittlerweile in Nordrhein-Westfalen, wo zuvor sogar Unterlagen „nach anderen Vorschriften“ übernommen werden mussten (§ 2 II 3 ArchG NRW a.F.), Sachsen (§ 2 III SächsArchG) und Berlin (§ 4 II ArchGB) Berücksichtigung gefunden.⁷⁹

2.5.3. Bewertungsfrist

Mit Ausnahme von Niedersachsen, Schleswig-Holstein und dem Bund ist in allen Archivgesetzen eine Frist festgelegt, innerhalb derer die Archive ihre Bewertungsentscheidung zu treffen haben. Diese beträgt drei Monate in Mecklenburg-Vorpommern (§ 6 IV LArchG MV), sechs Monate in Bayern (Art. 6 IV BayArchG), Brandenburg (§

⁷² § 1 Nr. 10 a aa BArchG, § 3 II 2 LArchG BW, § 4 II ArchGB, § 2 VI BbgArchG, § 2 II 1 BremArchG, § 2 I HArchG, LArchG MV § 3 III, § 2 II NArchG, § 1 I 3 LArchG RLP, § 2 III 1 SArchG, § 3 III 1 Nr. 1, 2 LArchG SH, § 2 II ThürArchG, Art. 2 II BayArchG, § 2 II 1 HmbArchG, § 2 VI 1 ArchG NRW, § 2 III SächsArchG, § 2 IV 1, § 2 IV ArchG LSA; Becker, Bewertungshoheit, S. 69 mit FN 48; Nadler, Archivierung, S. 87.

⁷³ § 2 II 2 LArchG BW, Art. 2 II BayArchG, § 4 II ArchGB, § 2 II 1 BremArchG, § 2 II 1 HmbArchG, § 3 III LArchG MV; § 1 I 3 LArchG RLP, § 2 III 1 SArchG, § 2 III SächsArchG, § 2 IV ArchG LSA, § 3 III 1 Nr. 3 LArchG SH, § 2 II NArchG; Nadler, Archivierung, S. 87; Becker, Bewertungshoheit, S. 70.

⁷⁴ § 1 Nr. 10 lit. a bb BArchG, § 2 II 2 LArchG BW, Art. 2 II BayArchG, § 4 II ArchGB, § 2 VI BbgArchG, § 2 II BremArchG, § 2 II HmbArchG, § 1 I 3 LArchG RLP, § 2 III 1 SArchG, § 2 III SächsArchG, § 3 III 1 Nr. 4 LArchG SH; Becker, Bewertungshoheit, S. 69 mit FN 50; Günther, Konflikte, S. 200.

⁷⁵ § 1 Nr. 10 b BArchG, § 2 II 2 LArchG BW, § 1 I 4 LArchG RLP, § 2 II 4 HmbArchG, § 2 III 2 SArchG, § 3 III 2 LArchG SH, § 2 II ThürArchG, ebenso § 1 IV HArchG a.F.

⁷⁶ § 2 II 4 HmbArchG, § 3 III 2 LArchG SH, § 2 II ThürArchG, ebenso § 1 IV HArchG a.F.

⁷⁷ Nadler, Archivierung, S. 87 f.; Polley, Einschränkungen, S. 93; Becker, Bewertungshoheit, S. 69 f.; Günther, Konflikte, S. 195.

⁷⁸ Becker, Bewertungshoheit, S. 70.

⁷⁹ Polley, Einschränkungen, S. 95; Merker, Niedersachsen, S. 5.

5 III Bbg ArchG), Bremen (§ 3 V BremArchG), Hamburg (§ 3 V 2 HmbArchG), Hessen (§ 8 I HArchG),⁸⁰ Nordrhein-Westfalen (§ 4 V ArchG NRW), Rheinland-Pfalz (§ 8 I LArchG RLP), im Saarland (§ 9 I SArchG), in Sachsen (§ 5 VI SächsArchG) sowie im ProfE (§ 6 VI) und ein Jahr in Baden-Württemberg (§ 3 II LArchG BW), Berlin (§ 7 I ArchGB), Sachsen-Anhalt (§ 5 V ArchG LSA) und Thüringen (§ 11 III ThürArchG).⁸¹

2.6. Entstehung von Archivgut

Die Archivgesetze benennen unterschiedliche Zeitpunkte, ab denen von „Archivgut“ gesprochen werden kann. Für die einen entsteht Archivgut unmittelbar durch die Bewertung wie in Niedersachsen (§ 2 II NArchG) und noch deutlicher im hamburgischen Archivgesetz (§ 2 I HmbArchG), das ausdrücklich betont, dass sich Archivgut noch beim Registraturbildner befinden kann. Zu dieser Gruppe zählen auch die Archivgesetze von Berlin und dem Saarland (§ 4 I ArchGB, § 2 I SArchG).⁸² Die übrigen Archivgesetze gehen davon aus, dass archivwürdige Unterlagen erst durch die Übernahme in das zuständige Archiv zu Archivgut werden. Besonders deutlich wird eine solche Vorstellung in Sachsen vertreten. Während das sächsische Archivgesetz Archivgut zunächst lediglich an der Archivwürdigkeit festmachte (§ 2 I 1 SächsArchG a.F.), griff die novellierte Fassung 2014 eine von der Archivreferentenkonferenz eingesetzten Arbeitsgruppe „Archive und Recht“ 2006 erhobene und vom ProfE unterstützte (§ 9 I 3) Forderung auf, wonach Unterlagen, die an einer öffentlichen Stelle entstanden sind, erst mit Übernahme in das zuständige Archiv durch Gesetz zu Archivgut umgewidmet werden sollten, und stellt ausdrücklich klar, dass zur Umwidmung von Verwaltungsunterlagen zu Archivgut neben der Feststellung der Archivwürdigkeit auch die Übernahme in das Archiv erforderlich ist (§ 2 I i.V.m § 8 II SächsArchG).⁸³ Durch die Umwidmung werden eine hoheitliche Sachherrschaft und ein öffentlich-rechtlicher Herausgabeanspruch für entfremdetes Archivgut begründet, auch wenn Dritte das Archivgut zivilrechtlich gutgläubig erworben haben.⁸⁴

2.7. Nachkassation

Nach den meisten Archivgesetzen ist es zulässig, bereits als archivwürdig bewertete und ins Archiv übernommene Unterlagen zu vernichten, wenn diesen nachträglich die Archivwürdigkeit aberkannt wird.⁸⁵ Seit ihren Novellierungen haben sich dem auch Nordrhein-Westfalen (§ 5 II ArchG NRW), das Saarland (§ 3 III SArchG) und Rheinland-Pfalz (§ 9 I 3 LArchG RLP) mit Verweis auf die übrigen Landesarchivgesetze angeschlossen, letzteres unter der Bedingung eines Einvernehmens mit der abgebenden Stelle.⁸⁶ Im Gegensatz dazu enthalten das Bundesarchivgesetz sowie die Archivgesetze von Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt und mittlerweile Sachsen keine ausdrückliche Ermächtigung zur Nachkassation.

⁸⁰ Hessen hat die Bewertungsfrist von einem Jahr mit Verweis auf die Regelung der anderen Länder auf sechs Monate verkürzt, Hessischer Landtag, Drs. 18/6067, S. 18; Eiler/Reinhardt, Novelliertes Archivrecht, S. 169.

⁸¹ Becker, Bewertungshoheit, S. 68 mit FN 42; Schreckenbach, Archivgesetze, S. 292; Treffeisen, Aussonderungsvereinbarungen, S. 173; Nadler Archivierung, S. 94 f.; Manegold, Archivrecht, S. 204; Taddey, Landesarchivgesetz, Sp. 542; Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 119. In Schleswig-Holstein findet sich lediglich eine Frist zur Übernahme (§ 7 II LArchG SH).

⁸² Keitel, Aussonderung und Übergabe, S. 75 mit FN 13-15.

⁸³ Sächsischer Landtag, Drs. 5/9386, S. 2; Berger, Sächsisches Archivgesetz, S. 110; Keitel, Aussonderung und Übergabe, S. 76 f.; Schäfer, Archivgut, S. 20; Becker, Bewertungshoheit, S. 68; Schoch, Modernisierung, S. 481 mit Fn 135; vgl. auch Partsch/Koschmieder, S. 3417 f.

⁸⁴ Berger, Sächsisches Archivgesetz, S. 111-113; Rehm, Sicherung, S. 105; Vollmer, Novellierung, S. 5; Hänger/Herrmann, Herausforderungen, S. 24.

⁸⁵ § 4 S. 3 LArchG BW, Art. 9 I 3 BayArchG, § 8 III 1 ArchGB, § 6 II 2 BbgArchG, § 11 I 2 HArchG, § 8 IV 1 LArchG MV, § 4 S. 2 NArchG, § 8 IV 1 LArchG SH, § 12 I 3 ThürArchG; Rehm, Nachkassation, S. 88; Polley, Einschränkungen, S. 94; Taddey, Landesarchivgesetz, Sp.543; Nadler, Archivierung, S. 89.

⁸⁶ Polley, Bestandsaufnahme, S. 27; ders., Komparative Normenanalyse, S. 156; Archivgesetz Rheinland-Pfalz, S. 329; Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 15/4174, S. 12; Landtag des Saarlandes, Drs. 13/2434, S. 9; Wiech, Vom Archivgesetz, S. 114.

Eine Legitimation zur Ersatzverfilmung bzw. -digitalisierung und anschließender Vernichtung der Originalunterlagen wird nur unter der Voraussetzung, dass dies archivfachlich vertretbar ist, in Bayern (Art. 9 I 4 BayArchG), Schleswig-Holstein (§ 8 III LArchG SH), dem Saarland (§ 3 II SArchG), Mecklenburg-Vorpommern (§ 8 III LArchG MV), und mittlerweile in Hessen (§ 11 II HArchG) gegeben. In Bayern bedarf dies der Zustimmung der abgebenden Behörde, in Rheinland-Pfalz gilt dies für Unterlagen „ohne besonderen kulturellen oder urkundlichen Wert“ (§ 9 I 2 LArchG RLP).⁸⁷

3. Nutzung

3.1 Zugangsregelungen

Bereits das Bundesarchivgesetz von 1988 sah in § 5 I⁸⁸ einen grundsätzlich voraussetzungslosen Zugang zu Archivgut vor (aktuell: § 10 I BArchG).⁸⁹ Dem Nutzer wird lediglich aufgegeben, einen schriftlichen Antrag zu stellen. Dem folgte zunächst nur Schleswig-Holstein 1992 (§ 9 I LArchG SH). Die Mehrzahl der Länder machte die Benutzung von Archivgut davon abhängig, ob der Antragsteller ein „berechtigtes Interesse“⁹⁰ glaubhaft machen bzw. darlegen konnte.⁹¹ Andere Landesarchivgesetze verwenden die Formulierung „berechtigtes Interesse“ nicht, unterscheiden sich bei den Zugangsvoraussetzungen inhaltlich jedoch kaum von der ersten Gruppe und gestatten die Nutzung des Archivguts mit jeweils abweichenden Formulierungen zu bestimmten (z.B. wissenschaftlichen, heimatkundlichen, publizistischen oder amtlichen) Zwecken sowie zur Wahrnehmung berechtigter persönlicher Belange.⁹²

⁸⁷ Polley, Bewertung, S. 157; Nadler, Archivierung, S. 61; Barteleit, Konservierung, S. 92. Ähnlich auch in Bremen (§ 4 I BremArchG).

⁸⁸ § 5 I BArchG a. F. hatte seine endgültige Fassung erst durch Beschlussempfehlung des BT-Innenausschusses erhalten; nach dem restriktiv(er) angelegten Regierungsentwurf sollte das Recht zur Nutzung des Archivguts des Bundes zunächst lediglich zu amtlichen, wissenschaftlichen oder publizistischen Zwecken oder zur Wahrnehmung berechtigter persönlicher Belange erlaubt sein, Schoch, Modernisierung, S. 486, Deutscher Bundestag, Drs. 11/498, S. 5; Drs. 11/1215, S. 6.

⁸⁹ Bei der Novellierung war zunächst daran gedacht worden, das subjektiv-öffentliche Recht auf Zugang zu Archivgut für jedermann an prominenter Stelle in § 1 zu regeln, Olbertz, Bundesarchivgesetz, S. 140; Martin-Weber, Novellierung, S. 11.

⁹⁰ Der Begriff des „berechtigten Interesses“ wird sehr weit ausgelegt, sodass er grundsätzlich kein Nutzungsinteresse ausschließt und somit von einer tatsächlichen Einschränkung oder Behinderung eher nicht auszugehen ist, Ittner, Zugangsregelungen, S. 199; Schreckenbach, Archivgesetze, S. 293; ders., Erläuterungen, S. 10; Bohmbach, Rechtliche Probleme, S. 82; Rose, Informationsfreiheitsgesetz, S. 9; Berger, Sächsisches Archivgesetz, S. 125. Nach der Begründung des rheinland-pfälzischen um „willkürliche, nutzlose oder durch sachliche Gründe nicht getragene Beanspruchungen der in den Archiven zur Verfügung stehenden Dienste und Einrichtungen zu vermeiden“, Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 11/2802, S. 16; vor allem soll „pure Neugierde“ soll zurückgewiesen werden, vgl. Borck, Aspekte, S. 74; Korte-Böger, Recht auf Benutzung, S. 16; Kießling, Bestimmungen, S. 38. Archivgesetzes ist ein berechtigtes Interesse erforderlich, um „willkürliche, nutzlose oder durch sachliche Gründe nicht getragene Beanspruchungen der in den Archiven zur Verfügung stehenden Dienste und Einrichtungen zu vermeiden“, Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 11/2802, S. 16; vor allem soll „pure Neugierde“ soll zurückgewiesen werden, vgl. Borck, Aspekte, S. 74; Korte-Böger, Recht auf Benutzung, S. 16; Kießling, Bestimmungen, S. 38.

⁹¹ § 6 I LArchG BW a. F., Art. 10 II BayArchG, § 9 I BbgArchG, § 7 I BremArchG, § 14 I HArchG a. F., § 9 I LArchG MV, § 9 I SächsArchG a. F., § 10 I ArchG LSA a.F., § 16 I ThürArchG, § 7 ArchG NRW a. F.; Weber, Archivgesetzgebung, S. 69; Lenz, Archivbenutzung, S. 15; Schulte, Das nordrhein-westfälische Landesarchivgesetz, S. 27; Bizer, Zugangsregelungen, Sp. 417 mit FN 80; Hemme, Veränderungen, S. 20 mit FN 157; Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 10 f; Ittner, Zugangsregelungen, S. 198 f.; Manegold, Archivrecht, S. 258; Hausmann, Archivrecht, S. 59; Olbertz, Bundesarchivgesetz, S. 141, 149; Schleswig-Holsteinischer Landtag, Drs. 12/1615, S. 27; Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 67. Nach dem LArchG RLP und dem LArchG BW a.F. reicht(e) das Geltendmachen aus, Nadler, Archivierung, S. 122. Das „berechtigtes Interesse“ wurde bzw. wird im Gesetz nur in Thüringen und Sachsen-Anhalt, abschließend in Bayern, nicht abschließend in Nordrhein-Westfalen, Brandenburg (§ 9 II) und Mecklenburg-Vorpommern (§ 9 I 2) erläutert, Korte-Böger, Recht auf Benutzung, S. 16; Manegold, Archivrecht, S. 258; Borck, Aspekte, S. 74.

⁹² § 5 I HmbArchG, § 5 I NArchG, § 11 I SArchG, ebenso auch § 8 I i.V.m. § 3 II ArchGB a.F.; Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 178; Ittner, Zugangsregelungen, S. 199; Brüdegam, Hamburgische Informationsfreiheitsgesetz, S. 140; Rose, Informationsfreiheitsgesetz, S. 8; Hausmann, Archivrecht, S. 59.

Immer mehr Archivgesetze haben sich im Zuge der Informationsfreiheitsgesetzgebung, nach denen jede Person grundsätzlich einen voraussetzungslosen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen gegenüber Landes- und Bundesbehörden hat, und verstärkter Kritik, u.a. durch den ProfE (§ 14 I),⁹³ auf das Erfordernis eines berechtigten Interesses als Voraussetzung für die Benutzung von Archivgut verzichtet: so die Novellierungen in Nordrhein-Westfalen (§ 6 I ArchG NRW), Hessen (12 I HArchG), Sachsen (§ 9 I SächsArchG), Sachsen-Anhalt (10 I ArchG LSA), Baden-Württemberg (§ 6 I LArchG BW) und Berlin (§ 9 I ArchGB), nicht dagegen in Bremen, Saarland und Rheinland-Pfalz.⁹⁴ Im Übrigen nennen Bayern (Art. 10 II 3 BayArchG), Brandenburg (§ 11 III BbgArchG), Bremen (§ 7 VII BremArchG) und Nordrhein-Westfalen (§ 6 II 2 ArchG NRW) die Möglichkeit, den Zugang zum Archivgut von Auflagen und Bedingungen abhängig zu machen.⁹⁵

3.2. Schutzfristen⁹⁶

3.2.1. Allgemeine Schutzfrist

Eine allgemeine Schutzfrist gilt für „normales“ Archivgut als Mindestschutzfrist.⁹⁷ Auf Bundesebene und in der Mehrzahl der Länder besteht einheitlich eine allgemeine Schutzfrist von 30 Jahren,⁹⁸ die auch dem vom Internationalen Archivkongress 1968 in Madrid empfohlenen Standard entspricht. Schleswig-Holstein und diesem Beispiel folgend Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern sowie seit 2016 Berlin sehen eine zehnjährige Regelschutzfrist vor (§ 10 I 1 BbgArchG, § 10 I 1 LArchG MV, § 9 III 1 LArchG SH, § 9 I ArchGB).⁹⁹ Alle Archivgesetze enthalten zudem die Regelung, dass Archivgut keinen Schutzfristen unterliegt, sofern Unterlagen bei ihrer Entstehung zur Veröffentlichung bestimmt waren. Einige Länder, die Informationsfreiheitsgesetze besitzen¹⁰⁰ wie Bremen (§ 7 IV BremArchG), Mecklenburg-Vorpommern (§ 10 Nr. 1 LArchG MV), Schleswig-Holstein (§ 9 IV 1 LArchG SH), Nordrhein-Westfalen (§ 7 III 1 ArchG NRW) und Baden-Württemberg (§ 6 III LArchG BW), nehmen wie der ProfE (§ 16 IV 1) dem Vorbild Brandenburgs (§ 10 VII BbgArchG) folgend auch Unterlagen von Schutzfristen aus, die nach diesen Gesetzen bereits der Öffentlichkeit zugänglich waren; Thüringen und das

⁹³ Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 182 f.; vgl. auch Rausch, Harmonisierungsbedarf, S. 113; Oebbecke/Nienkemper, Archivbenutzung, S. 1 ff. FN 14.

⁹⁴ Polley, Archivrecht, S. 32; Vollmer, Novellierung, S. 5; Rausch, Harmonisierungsbedarf, S. 113; Hemmie, Veränderungen, S. 21; Eiler, Ein neues Archivgesetz, S. 7; Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 11; Landtag von Sachsen-Anhalt, Drs. 6/3482, S. 4, 23, 36 f.; König, Archivgesetzgebung, S. 199; Rehm, Zugang, S. 138 FN 11; Nutzung des Archivguts, S. 153; von Bose, Herausforderungen, S. 16; Wiech, Vom Archivgesetz, S. 115. Das Archivgesetz von Rheinland-Pfalz verzichtet allerdings auf die Darlegung eines berechtigten Interesses, soweit für Unterlagen vor Übergabe an das Archiv bereits ein Zugang nach dem Transparenzgesetz des Landes gewährt worden ist (§ 3 I LArchG RLP), Hausmann, Rechtliche Fragen, S. 87 mit FN 2; Ittner, Zugangsregelungen, S. 198 FN 15.

⁹⁵ Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 179.

⁹⁶ Lediglich in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist von „Sperrfristen“ die Rede, Stumpf, Unzulänglich zugänglich, S. 68 FN 11.

⁹⁷ Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 44; Schreckenbach, Archivgesetze, S. 293.

⁹⁸ § 11 I 1 BArchG, § 6 II LArchG BW, Art. 10 III BayArchG, § 8 II ArchGB a.F., § 7 II BremArchG, § 5 II HmbgArchG, § 13 I HArchG, § 5 II NArchG, § 7 I 1 ArchG NRW, § 3 III 1 LArchG RLP, § 11 I SArchG, § 10 I Nr. 1 SächsArchG, § 10 III 1 ArchG LSA, § 17 I ThürArchG.

⁹⁹ Ittner, Zugangsregelungen, S. 201; Polley, Archivrecht, S. 32, 35; ders., Bestandsaufnahme, S. 30; ders., StUG, S. 160; Axer, Schutzfristen, S. 144; Rausch, Harmonisierungsbedarf, S. 118; Klein, Benutzung, S. 23; Hemmie, Veränderungen, S. 22; Manegold, Archivrecht, S. 261; Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 11; Brüdegam, Festsetzung, S. 68; Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 45; Bizer, Zugangsregelungen, Sp. 417 f.; Rehm, Zugang, S. 141. Die Begründung zum Berliner Archivgesetz nennt als Vorbild das Brandenburgische Archivgesetz, Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 17/2402, S. 19.

¹⁰⁰ Keine Informationsfreiheitsgesetze gibt es derzeit in Bayern, Hessen, Sachsen und Niedersachsen, Rose, Informationsfreiheitsgesetze, S. 7; Martin-Weber, Informationsfreiheitsgesetz, S. 17.

Saarland haben auf eine solche Regelung (bisher) verzichtet.¹⁰¹ Der Bund bestimmte 2005, dass für Unterlagen, die nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) „bereits eingesehen wurden“, keine Schutzfristen gelten sollten (§ 5 IV 2 a.F. BArchG). Rheinland-Pfalz übernahm eine ähnliche Bestimmung bei seiner Novellierung (§ 3 III 3 i.V.m. § 3 I 2 LArchG RLP). Bei seiner Novellierung wurde das Bundesarchivgesetz noch einmal insoweit geändert, als keine Schutzfrist besteht, soweit das Archivgut „aus Unterlagen besteht, die vor Übergabe an das Bundesarchiv bereits einem Informationszugang nach einem Informationszugangsgesetz offen gestanden haben“ (§ 11 V Nr. 2 BArchG). Sachsen-Anhalt (§ 10 IV a ArchG LSA) und Berlin (§ 9 VI 2 ArchGB) kennen ähnliche Bestimmungen.¹⁰²

Eine komplette Abschaffung der allgemeinen Schutzfrist, wie es im ProfE gefordert (§ 14) und grundsätzlich von der für das Bundesarchiv zuständigen Referatsleiterin beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien unterstützt wurde, erschien bereits in der 2007 eingeleiteten Ressortabstimmung für ein neues Bundesarchivgesetz von Anfang an nicht durchsetzbar.¹⁰³ Gleichfalls fand die noch im ersten Referentenentwurf vorgesehene Verkürzung der allgemeinen Schutzfrist auf zehn Jahre in den Ressorts keine Akzeptanz.¹⁰⁴

Unterschiede gibt es beim Fristbeginn der allgemeinen Schutzfrist: In Baden-Württemberg (§ 6 II 1 LArchG BW), Berlin (§ 9 II 1 ArchGB), Nordrhein-Westfalen (§ 7 I 1 ArchG NRW), Bayern (Art. 10 III 1 BayArchG), Rheinland-Pfalz (§ 3 III 1 LArchG RLP), Bremen (§ 7 III 1 BremArchG), Brandenburg (§ 10 I BbgArchG), Sachsen (§ 10 I Nr. 1 SächsArchG) und Hessen (§ 13 I 1 HArchG) wird an die „Entstehung der Unterlagen“, in Thüringen an deren „Schließung“ durch die Behörde (§ 17 I 1 ThürArchG), in Niedersachsen (§ 5 II 1 NArchG), Mecklenburg-Vorpommern (§ 3 V i.V.m. § 10 I 1 LArchG MV), Sachsen-Anhalt (§ 10 III 1 ArchG LSA) und beim Bund (§ 11 I 2 i.V.m. § 1 Nr. 5 BArchG) an die „letzte inhaltliche Bearbeitung“ angeknüpft. Schleswig-Holstein definiert den Zeitpunkt des Entstehens mit „der Vervollständigung einer Unterlage oder des letzten organischen Zuwachsens von Unterlagen“ (§ 9 III 1 i.V.m. § 3 V LArchG SH). Das Saarland spricht – wie das frühere BArchG – von Archivgut „aus einer mehr als 30 Jahre zurückliegenden Zeit“ (§ 11 I 1 SArchG) und bestimmt die Schutzfristen bei aktenmäßig zusammengefasstem Archivgut nach dem Datum des letzten Schriftstückes der Akte (§ 11 V SArchG).¹⁰⁵

3.2.2. Schutzfrist für personenbezogenes Archivgut

Was personenbezogenes Archivgut ist, wird in den einzelnen Archivgesetzen unterschiedlich definiert, überwiegend wohl infolge unterschiedlicher Ansichten der die Gesetze mitberatenden Datenschutzexperten. Hier lassen sich drei Gruppen feststellen: Baden-Württemberg (§ 6 II 3 LArchG BW) und Sachsen-Anhalt (§ 10 III 2 ArchG LSA) sowie der Entwurf Berlins von 1985 verstehen darunter Archivgut, das sich „nach seiner Zweckbestimmung“ auf natürliche Personen bezieht. Dabei wird allein auf formale Kriterien der Akten abgestellt, die in ihrem Titel bzw. Betreff den Namen einer oder mehrerer natürlicher Personen enthalten (z. B. Personalakten,

¹⁰¹ Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 11 f.; Martin-Weber, Informationsfreiheitsgesetz, S. 17 mit FN 4, 19; Oldenhage, Bundesarchivgesetz und Informationsfreiheitsgesetz, S. 291; Martin-Weber, Informationsfreiheitsgesetz, S. 17 mit FN 4; Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 178, 184, 209; Rose, Informationsfreiheitsgesetze, S. 14, 16, 20.

¹⁰² Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 70; Rose, Informationsfreiheitsgesetze, S. 17; Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 17/2402, S. 21 f.; Landtag Sachsen-Anhalt, Drs. 6/2382, S. 38; Berger, Sächsisches Archivgesetz, S. 161 mit der Kritik, dass eine solche Regelung in Sachsen bisher noch nicht aufgenommen wurde; vgl. auch Partsch, Bundesarchivgesetz, S. 230. In Sachsen-Anhalt trifft das Landesarchiv die Entscheidung über den Zugang im Benehmen mit der abgebenden Behörde (§ 10 IVa 2 ArchG LSA).

¹⁰³ Olbertz, Bundesarchivgesetz, S. 146, unterstützend S. 149; Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, 182-185. Für die Abschaffung auch Manegold, Archivrecht?, S. 34.

¹⁰⁴ Olbertz, Bundesarchivgesetz, S. 147; Weber-Martin, Novellierung, S. 11. Auch der Kompromissvorschlag einer Verkürzung nur für künftige Unterlagen wurde nicht akzeptiert, ebenda.

¹⁰⁵ Bizer, Zugangsregelungen, Sp. 418; Manegold, Archivrecht, S. 264 f.; Leiverkus, Opferschutz, S. 27; Brüdegam, Festsetzung, S. 67; Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 43, 67; Bohmbach, Nutzung von Archivgut, S. 65; Axer, Schutzfristen, S. 144.

Patientenakten, Schülerakten, Sozialhilfeakten, Prozessakten). Sachakten sind demnach kein personenbezogenes Archivgut, auch wenn sie personenbezogene Angaben enthalten. In der Sache ähnlich ist die Regelung des niedersächsischen Archivgesetzes, das auf den Begriff des personenbezogenen Schriftguts verzichtet und präziser von Archivgut ausgeht, das „zur Person Betroffener geführt“ ist (§ 5 II 4 NArchG).¹⁰⁶ Eine zweite Gruppe, zu der die Archivgesetze von Nordrhein-Westfalen (§ 7 I 3 ArchG NRW), Hamburg (§ 5 II Nr. 2 1 HmbArchG), Bremen (§ 7 III 2 BremArchG), Schleswig-Holstein (§ 9 III 3 LArchG SH), Brandenburg (§ 10 III 1 BbgArchG) und Mecklenburg-Vorpommern (§ 3 IV i.V.m. § 10 I 3 LArchG MV) zählen, geht von personenbezogenem Archivgut aus, wenn dieses sich „nach seiner Zweckbestimmung oder nach seinem wesentlichen Inhalt“ auf eine natürliche Person oder mehrere natürliche Personen bezieht. Hier wird also auch auf den „wesentlichen Inhalt“ einer Akte abgestellt, was inhaltsbezogene Anknüpfungspunkte zulässt. Einem solchen Verständnis von personenbezogenem Archivgut folgen die Novellierungen von Hessen (§ 13 II 1 HArchG), Sachsen (§ 10 Nr. 3 SächsArchG) und des Bundes (§ 11 II 1 BArchG),¹⁰⁷ und dieser Ansicht hat sich auch der ProfE angeschlossen.¹⁰⁸ Eine dritte Gruppe, zu der mittlerweile nur noch die Gesetze von Bayern (Art. 10 III 2 BayArchG), Rheinland-Pfalz (§ 3 III 2 LArchG RLP),¹⁰⁹ dem Saarland (§ 11 III 1 SArchG) und Thüringen (§ 17 I 2 ThürArchG) zu rechnen sind, spricht lediglich von Archivgut, das sich auf eine natürliche Person bzw. auf natürliche Personen bezieht. Auch das Bundesarchivgesetz (§ 5 II 1 BArchG a. F.)¹¹⁰ gehörte ursprünglich dieser Gruppe an, ebenso Hessen (§ 15 I 3 HArchG a. F.) und Sachsen (§ 10 I 3 SächsArchG a. F.) sowie das novellierte Archivgesetz von Berlin, das von personenbezogenem Archivgut ausgeht, wenn dieses sich seinem wesentlichen Inhalt nach auf eine natürliche Person bezieht (§ 9 III ArchGB).¹¹¹ Die in diesen Gesetzen aus dem Datenschutz abgeleitete Definition zwingt zu einer materiellen Betrachtung, wobei auch Sachakten mit personenbezogenen Informationen nicht unerheblichen Umfangs der personenbezogenen Schutzfrist unterliegen können.¹¹²

¹⁰⁶ Axer, Schutzfristen, S. 147; Polley, Bestandsaufnahme, S. 33; Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 51; Weber, Archivgesetzgebung, S. 70; Müller, Landesarchivgesetz, S. 19; Hemmie, Veränderungen, S. 19, 25; Brüdegam, Festsetzung, S. 72; Manegold, Archivrecht, S. 284; Leiverkus, Opferschutz, S. 8; Bohmbach, Nutzung von Archivgut, S. 65; ders., Rechtliche Probleme im Archiv, S. 83; Nadler, Archivierung, S. 96; Merker, Niedersachsen, S. 6; Rehm, Zugang, S. 156; Klein, Vom Umgang, S. 57 mit FN 9; König, Archivgesetzgebung, S. 199.

¹⁰⁷ Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 52; Axer, Schutzfristen, S. 147; Polley, Bestandsaufnahme, S. 33; Schulte, Das nordrhein-westfälische Archivgesetz, S. 27 f.; Müller, Landesarchivgesetz, S. 19; Vollmer, Novellierung, S. 5; Hausmann, Archivrecht, S. 82; Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 68; Begründung NRW: „Dieses Archivgut ist in der Regel dann zur Person geführt (personenbezogenes Archivgut), wenn die Betroffenen in der maßgeblichen Bezeichnung des Archivguts namentlich genannt werden oder tatsächlich als Person wesentlicher Gegenstand des jeweiligen Inhalts sind“, Landtag Nordrhein-Westfalen, Drs. 14/10028, S. 18; Eiler/Reinhardt, Novelliertes Archivrecht, S. 170; Klein, Vom Umgang, S. 57 mit FN 8; Nadler Archivierung, S. 96 f.

¹⁰⁸ Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 205 f.

¹⁰⁹ Die Archivdirektion hatte sich bei den Gesetzesberatungen dafür ausgesprochen, unter personenbezogenem Archivgut nur dasjenige zu verstehen, das sich wie in Baden-Württemberg „nach seiner Zweckbestimmung auf eine natürliche Person“ beziehe, Borck, Landesarchivgesetz, Sp. 109; ders., Aspekte, S. 75.

¹¹⁰ Der Bundesrat hatte sich bereits vergeblich bemüht, eine archivars- und forschungsfreundlichere formale Lesung durchzusetzen, die auch der Präsident des Bundesarchivs in der Anhörung des Innenausschusses gefordert hatte, Weber, Archivgesetzgebung, S. 70; Oldenhege, Bemerkungen, Sp. 489.

¹¹¹ Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 17/2402, S. 19 f.

¹¹² Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 53; Axer, Schutzfristen, S. 147; Polley, Bestandsaufnahme, S. 33; Hemmie, Veränderungen, S. 19, 22; Vollmer, Novellierung, S. 5; Klein, Benutzung, S. 23 f.; Leiverkus, Opferschutz, S. 8; Weber, Archivgesetzgebung, S. 70; ders., Datenschutz, S. 9; Borck, Landesarchivgesetz, Sp. 109 f.; Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 17/2402, S. 20; vgl. auch Hausmann, Archivrecht, S. 85, der bei Sachakten mit Personenbezug auf einen finalen Bezug „zwischen Person und Gegenstand (Zweck) des Verwaltungshandelns“ abstellt. Zuvor enthielt das ArchGB eine widersprüchlich erscheinende Regelung: Zunächst wurde personenbezogenes Archivgut für Unterlagen definiert, „die sich ihrem wesentlichen Inhalt nach auf eine natürliche Person“ beziehen (§ 8 III a.F.), im nächsten Absatz diese Einschränkung aber aufgehoben und nur noch von Schriftgut gesprochen, „das sich auf eine natürliche Person bezieht“ (§ 8 IV ArchGB a.F.), Hemmie, Veränderungen, S. 19. Klein, Vom Umgang, S. 57 FN 10 und Nadler, Archivierung, S. 96 führen auch § 5 II NArchG in dieser Gruppe auf.

Ist das Todesdatum aus den Unterlagen ersichtlich oder mit vertretbarem Aufwand zu ermitteln, sehen inzwischen fast alle Archivgesetze eine Schutzfrist von zehn Jahren nach dem Tod der betreffenden Person vor.¹¹³ Nur Sachsen-Anhalt kennt noch eine dreißigjährige Frist (§ 10 III 2 ArchG LSA). Ursprünglich sahen auch der Bund entsprechend der Benutzungsordnung von 1969, in der sich erstmals die 30-Jahres-Frist fand,¹¹⁴ sowie dieser folgend Rheinland-Pfalz und das Saarland eine Schutzfrist von 30 Jahren vor. 2009 bzw. 2010 haben die bis dahin bundeskonformen Archivgesetze im Saarland und Rheinland-Pfalz die kürzeren Sperrfristen übernommen, und auch der Bund schloss sich diesem Liberalisierungstrend bei seiner Novellierung dem Standard der Landesarchivgesetze an (§ 11 II 1 BArchG).¹¹⁵ Mit der Regelung von zehn Jahren orientieren sich diese Gesetze an der einzigen gesetzlichen Vorschrift im geltenden bundesdeutschen Recht, die eine Frist für den Schutz von Persönlichkeitsrechten über den Tod hinaus normiert hat, nämlich § 22 des Gesetzes betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Fotografie, das auch im „Mephisto“-Urteil des BVerfG eine Stütze findet.¹¹⁶ Dieser Frist hat sich auch der ProfE angeschlossen (§ 16 I 1).¹¹⁷

Ist das Todesdatum nicht oder nur mit „unvertretbarem Aufwand“ festzustellen, endet die Schutzfrist in den meisten Bundesländern unter Zugrundelegung eines durchschnittlichen maximalen Lebensalters von 80 Jahren 90 Jahre nach Geburt der betreffenden Person, so in Baden-Württemberg (§ 6 II 3 LArchG BW), Bayern (Art. 10 III 3 BayArchG), Brandenburg (§ 10 III 2 BbgArchG), Hamburg (§ 5 II 1 Nr. 2 HmbArchG), Mecklenburg-Vorpommern (§ 10 III LArchG MV), im Saarland (§ 11 III 2 SArchG), in Schleswig-Holstein (§ 9 III 3 LArchG SH) und Thüringen (§ 17 I 3 ThürArchG). Hessen (13 II 2 HArchG),¹¹⁸ Niedersachsen (§ 5 II 3 NArchG), Sachsen (§ 10 I Nr. 3 b SächsArchG) und mittlerweile Rheinland-Pfalz (§ 3 III 2 LArchG RLP), Nordrhein Westfalen (§ 7 I Nr. 2 ArchG NRW), Bremen (§ 7 III 2 BremArchG), Berlin (§ 9 III 4 ArchGB) sowie der Bund (§ 11 II 2 BArchG) schreiben eine Frist von 100 Jahren nach der Geburt vor. Nur Sachsen-Anhalt (§ 10 III 2 ArchG LSA) kennt, wie ursprünglich auch Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Bundesarchivgesetz in seiner ursprünglichen Fassung folgend, eine Frist von 110 Jahren.¹¹⁹ Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bremen haben bei ihren Novellierungen die vormals nur neunzigjährige Frist um zehn Jahre verlängert und eine Anpassung an die längere Lebenserwartung der Menschen vorgenommen,¹²⁰ für Baden-Württemberg wird dies bei der nächsten Novellierung angenommen.¹²¹ Der ProfE empfiehlt eine Frist von 110 Jahren nach Geburt (§ 16 I 2).¹²² Das

¹¹³ § 6 II 3 LArchG BW, Art. 10 III 2 BayArchG, § 8 III 2 ArchGB, § 10 III 1 BbgArchG, § 7 III 3 BremArchG, § 5 II 1 Nr. 2 HmbArchG, § 13 II 1 HArchG, § 10 III LArchG MV, § 5 II 4 NArchG, § 7 I 3 Nr. 3 ArchG NRW, § 3 III 3 LArchG RLP, § 11 II 1 SArchG, § 10 I Nr. 3a SächsArchG, § 9 III 3 LArchGSH, § 17 I 2 ThürArchG.

¹¹⁴ Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 46; Polley, Gesetz, S. 2027.

¹¹⁵ Rausch, Harmonisierungsbedarf, S. 118 mit FN 83; Polley, Archivrecht, S. 35; Hemmie, Veränderungen, S. 23; Brüdegam, Festsetzung, S. 77; Ittner, Zugangsregelungen, S. 202 f.; Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 48; Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 2, 67; Kalk, Datenschutz- und Archivrecht, S. 110; Müller, Landesarchivgesetz, S. 19; Berger, Neuregelung, S. 16; zum ursprünglichen Gesetz im Saarland, Hermann, Saarländisches Archivgesetz, S. 3; Schreckenbach, Archivgesetze, S. 293; Polley, Bestandsaufnahme, S. 30; Manegold, Archivrecht?, S. 43. Bei der Novellierung des Bundesarchivgesetzes wollte man ursprünglich bei den bisherigen Schutzfristen für personenbezogenes Archivgut bleiben, Martin-Weber, Novellierung, S. 11 f.

¹¹⁶ Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 48 f.; Manegold, Archivrecht, S. 274 f.; König, Archivgesetzgebung, S. 199; Thüringer Landtag, Drs. 1/1005, S. 20; Hessischer Landtag, Drs. 12/3944, S. 17; Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 15/4174, S. 9; Manegold, Archivrecht?, S. 43; BVerfGE 30, 173 (196 ff.).

¹¹⁷ Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 204; Olbertz, Bundesarchivgesetz, S. 146 FN 46; Schoch, Modernisierung, S. 489.

¹¹⁸ Hessen folgte hier dem Vorbild eines Referentenwurfs für das Land Berlin, Kropat, Archivgesetz, Sp. 361; zum Berliner Entwurf, König, Archivgesetzgebung, der allerdings von einer neunzigjährigen Frist des Referentenentwurfs berichtet, Sp. 199.

¹¹⁹ Rausch, Harmonisierungsbedarf, S. 120; Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 49; für Sachsen: Vollmer, Novellierung, S. 5; Müller, Landesarchivgesetz, S. 19; Manegold, Archivrecht, S. 43; Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 69; Scholz, Grundsatzfragen, S. 15; Schleswig-Holsteinischer Landtag, Drs. 12/1615, S. 28; Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 15/4174, S. 9.

¹²⁰ Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 49; Steinert, Das neue Archivgesetz, S. 50; Berliner Abgeordnetenhaus, Drs. 17/2402, S. 20.

¹²¹ Rehm, Zugang, S. 156.

thüringische Archivgesetz (§ 17 III 2 Thür ArchG) sieht, wie zuvor das hessische (§ 15 I 5 HArchG a.F.), zudem eine zusätzliche Schutzfrist für personenbezogenes Archivgut vor, das besonderen Geheimhaltungs- und Schutzfristen unterliegt. In diesen Fällen ist eine Benutzung erst 30 Jahre nach dem Tod der betreffenden Person bzw. 120 Jahre nach deren Geburt möglich.¹²³

Für das Bundesarchivgesetz waren zunächst Fristen von 30 Jahren nach dem Tod und 120 Jahren nach Geburt vorgesehen. Bei den Beratungen im Bundestag hatte sich die Opposition von Grünen und SPD für kürzere Fristen eingesetzt (10 bzw. 90 Jahre), sich aber nicht durchsetzen können. Schließlich wurde die Frist für die Berechnung des Sterbedatums von 120 auf 110 Jahre nach der Geburt heruntergesetzt.¹²⁴ Auch in Baden-Württemberg waren zunächst wie im Entwurf zum Bundesarchivgesetz die längeren Fristen vorgesehen (30 Jahre nach dem Tod/120 Jahre nach Geburt), wurden jedoch nach Beratungen im Wissenschaftsausschuss im Juni 1987 verkürzt.¹²⁵ Ebenso gingen die Entwürfe in Nordrhein-Westfalen und Bayern (hier bereits 110 Jahre nach Geburt) mit den gleichen bzw. ähnlichen Fristen wie der erste Entwurf des Bundesarchivgesetzes in die Parlamente, wurden aber in den gesetzgeberischen Beratungen zur Stärkung der Forschungsfreundlichkeit an das Landesarchivgesetz Baden-Württemberg angepasst.¹²⁶ In Rheinland-Pfalz setzte sich die Opposition von SPD und Grünen, unterstützt von Vertretern der Forschung, für eine Verkürzung nach baden-württembergischem Muster ein, konnte sich damit aber nicht durchsetzen.¹²⁷

Für den Fall, dass auch das Geburtsjahr nicht hinreichend sicher zu ermitteln ist, sehen die meisten Landesarchivgesetze mittlerweile eine Schutzfrist von 60 Jahren nach Entstehung der Unterlagen vor. Zunächst fand sich eine solche Regelung in Bremen (§ 8 III 4 BremArchG) bzw. Hamburg (§ 5 II 1 Nr. 2 HmbArchG) und wurde nach diesem Vorbild in die Archivgesetze von Brandenburg (§ 10 III 3 BbgArchG), Schleswig Holstein (§ 9 III 4 LArchG SH), Mecklenburg-Vorpommern (§ 10 IV LArchG MV) sowie seit den Novellierungen auch in Nordrhein-Westfalen (§ 7 I Nr. 3 ArchG NRW), Rheinland-Pfalz (§ 3 III 2 LArchG RLP), im Saarland (§ 11 III 3 SArchG), in Hessen (§ 13 II 3 HArchG), Sachsen (§ 10 I Nr. 3c SächsArchG) und jüngst auch im Bund (§ 11 II 3 BArchG) aufgenommen. In Berlin beträgt die Schutzfrist für derartiges Archivgut 70 Jahre. Die übrigen Landesarchivgesetze enthalten diesbezüglich (noch) keine Regelungen,¹²⁸ der ProfE fordert eine Frist von 110 Jahren nach Entstehung der Unterlagen (§ 16 I 3).¹²⁹

¹²² Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 204, 207; Schoch, Modernisierung, S. 489.

¹²³ Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 58; Marek, Rechtsgrundlagen, S. 108; Schilling, Schutzfristenverkürzung, S. 5; Richter, Landesarchivgesetzgebung, S. 258 FN 63; Nadler, Archivierung, S. 126, 129; Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 12 f.; Hausmann, Archivrecht, S. 92.

¹²⁴ Deutscher Bundestag, Drs. 11/1215, S. 5; Lenz, Archivbenutzung, S. 19; Müller, Auf dem Weg, S. 113; Olbertz, Bundesarchivgesetz, S. 140 FN 6; Polley, Amtsträger, S. 163.

¹²⁵ Rehm, Zugang, S. 138 mit FN 10; Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 9/3345, in: Bannasch, Archivrecht, S. 111; Drs. 9/4575, in: Bannasch, Archivrecht, S. 128; Richter, Landesarchivgesetzgebung, S. 244.

¹²⁶ Landtag Nordrhein-Westfalen, Drs. 10/3372, S. 19 f.; Schmitz, Archivgesetz, Sp. 232; ders., Archive, S. 110; ders., Das Archivgesetz Nordrhein-Westfalen, S. 11; Kießling, Bestimmungen, S. 41; Jaroschka, Archivgesetz, Sp. 538, 542.

¹²⁷ Borck, Landesarchivgesetz, Sp. 107; ders., Aspekte, S. 76; ders., Ein Jahrzehnt, S. 25. Bei den Novellierungsarbeiten für das LArchG RLP waren zunächst Fristen von 20 Jahren nach dem Tod und 90 Jahren nach Geburt vorgesehen, Archivgesetz Rheinland-Pfalz, S. 328.

¹²⁸ Ittner, Zugangsregelungen, S. 203; Rausch, Harmonisierungsbedarf, S. 120 mit FN 94; Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 49; Polley, Bestandsaufnahme, S. 33 f.; ders., Archivrecht in Deutschland, S. 35; Korte-Böger, Recht auf Benutzung, S. 17; Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 69; Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 15/4174, S. 9; Partsch, Bundesarchivgesetz, S. 224. Für den Bereich des Bundesrechts war bei der jüngsten Novellierung zunächst geplant, die bisherige Lücke durch Einführung von 80 Jahren nach Entstehung des Archivguts zu schließen, Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 49 FN 33; Martin-Weber, Novellierung, S. 12.

¹²⁹ Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 204.

3.2.3. Schutzfrist für geheimhaltungsbedürftiges Archivgut

Auch die Tatbestandsvoraussetzungen für die besonderen Sperrfristen bei geheimhaltungsbedürftigem Archivgut unterscheiden sich in den einzelnen Archivgesetzen: Beim Bund (§ 11 III i.V.m. § 6 I 1 BArchG), in Baden-Württemberg (§ 6 II 2 LArchG BW), Rheinland-Pfalz (§ 3 III 4 LArchG RLP) und Sachsen-Anhalt (§ 10 III 3 i.V.m. § 9 II 1 Nr. 1 ArchG LSA) wird auf den Begriff der „Rechtsvorschriften über Geheimhaltung“ Bezug genommen, in Brandenburg (§ 10 II BbgArchG), Mecklenburg-Vorpommern (§ 10 I 2 LArchG MV), Nordrhein-Westfalen (§ 7 I 2 ArchG NRW), Schleswig-Holstein (§ 9 III 2 LArchG LH) und mittlerweile Sachsen (§ 10 II Nr. 2 SächsArchG) wie zuvor in Berlin auf den Begriff der „besonderen Rechtsvorschriften über Geheimhaltung“, der in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein noch um den Begriff des „besonderen Amtsgeheimnisses“, also einer Verschluss-Sachen-Einstufung, ergänzt wird. Hier sind für die Einordnung als geheimhaltungsbedürftiges Archivgut Rechtsvorschriften erforderlich, also ein materielles Gesetz, mindestens in Form einer Satzung oder Rechtsverordnung. Das niedersächsische Archivgesetz geht noch weiter und fordert mit „besonderen gesetzlichen Geheimhaltungsvorschriften“ ein förmliches Parlamentsgesetz (§ 5 II 2 NArchG). In Bayern (Art. 10 III 4 BayArchG), Hamburg (§ 5 II Nr. 3 HmbArchG), Hessen (§ 13 I 2 HArchG), dem Saarland (§ 11 II 1 SArchG), Thüringen (§ 17 III 1 ThürArchG) sowie mittlerweile in Berlin (§ 9 II 2 ArchGB) und Bremen (§ 7 III 2 BremArchG) genügen demgegenüber „besondere Geheimhaltungsvorschriften“; hier sind also für die Klassifizierung von Archivgut als geheimhaltungsbedürftig keine materiellen, dem Veröffentlichungsgebot unterliegende Gesetze erforderlich.¹³⁰

Ist Archivgut, das bereits bei seiner Entstehung besonderer Geheimhaltung unterlag, nach den Landesarchivgesetzen zu schützen, gilt in den meisten Ländern eine Schutzfrist von 60 Jahren. Dazu gehört nun auch das Archivgesetz von Bremen (§ 7 II 2 BremArchG), das vor der Novellierung keine derartige Schutzfrist kannte.¹³¹ Niedersachsen kennt eine Schutzfrist von 50 Jahren (§ 5 II NArchG), Schleswig-Holstein (§ 9 III LArchG SH), Brandenburg (§ 10 II BbgArchG), Mecklenburg-Vorpommern (§ 10 I LArchG MV) und – auch hier dem brandenburgischen Beispiel folgend – Berlin (§ 9 II ArchGB) sehen wie der ProfE (§ 16 IV 1) eine Schutzfrist von 30 Jahren vor. Für Unterlagen, die Geheimhaltungsvorschriften des Bundes unterliegen, sah der ursprüngliche § 5 III BArchG eine Schutzfrist von 80 Jahren vor. 2002 wurde diese auf Druck Nordrhein-Westfalens und unter Beteiligung des einschlägigen Fachausschusses der ARK entsprechend dem ursprünglichen Entwurf der Bundesregierung¹³² in Angleichung an die meisten Landesarchivgesetze auf 60 Jahre reduziert. Dem Vorbild des Bundesarchivs folgten 2009/10 Rheinland-Pfalz und das Saarland sowie zuletzt Sachsen-Anhalt, deren Archivgesetze zuvor ebenfalls eine 80-Jahres-Frist kannten.¹³³

¹³⁰ Manegold, Archivrecht, S. 335-338; Klein, Vom Umgang, S. 23; Polley, Schutzfristenverkürzung, S. 177.

¹³¹ § 7 I ArchG NRW, § 13 I HArchG, § 17 III ThürArchG, § 7 III BremArchG, § 5 II HmbArchG, § 8 II ArchGB a.F., Art. 10 III BayArchG, § 6 II LArchG BW, § III LArchG RLP, § 10 I SächsArchG, § 10 III ArchG LSA, § 11 II SArchG; Hemmie, Veränderungen, S. 24 mit FN 183; Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 13; Zugangsregelungen, S. 204; Wiech, Vom Archivgesetz, S. 115; Steinert, Das neue Archivgesetz, S. 50; Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 58; Kram, Archivierung und Nutzung, S. 346 FN 3; vgl. auch Schulte, Das nordrhein-westfälische Archivgesetz, S. 27; Bohmbach, Rechtliche Probleme, S. 79 f.; Vollmer, Novellierung, S. 5. S. 204; Wiech, Vom Archivgesetz, S. 115; Steinert, Das neue Archivgesetz, S. 50; Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 58; Kram, Archivierung und Nutzung, S. 346 FN 3; vgl. auch Schulte, Das nordrhein-westfälische Archivgesetz, S. 27; Bohmbach, Rechtliche Probleme, S. 79 f.; Vollmer, Novellierung, S. 5.

¹³² Die 80-Jahres-Frist kam schließlich durch einen Beschluss des Innenausschusses vom 9.11.1987 auf Druck des innenpolitischen Sprechers der FDP-Fraktion, Burkhard Hirsch, zustande, der seine damalige Machtstellung in der Regierungskoalition unnachgiebig zur Verankerung der längeren Frist ausgenutzt hatte, Oldenhage, Änderung, S. 25; ders. Bemerkungen, Sp. 477, 489 f.; Hemmie, Veränderungen, S. 21.

¹³³ Ittner, Zugangsregelungen, S. 204; Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 44, 57; Martin-Weber, Novellierung, S. 10; Hemmie, Veränderungen, S. 21; Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 1; Schoch, Modernisierung, S. 489; Oldenhage, Änderung, S. 25; Kram, Benutzung und Archivierung, S. 346 FN 3; Polley, Amtsträger, S. 169; ders., Bestandsaufnahme, S. 31; Axer, Schutzfristen,

Außerdem enthalten zahlreiche Landesarchivgesetze Regelungen für den Fall, dass das Archivgut Rechtvorschriften des Bundes über Geheimhaltung (z.B. Steuer- oder Sozialgeheimnis) unterliegt. Die meisten Landesarchivgesetze verweisen bei der Nutzung derartiger Unterlagen auf die Regelung des Bundesarchivgesetzes.¹³⁴ In anderen Landesarchivgesetzen ist die Geltung der bundesgesetzlichen sechzigjährigen Sperrfrist angeordnet.¹³⁵ Die Archivgesetze von Berlin (§ 9 II 2 ArchGB), Rheinland-Pfalz (§ 3 III 4 ArchG RLP), Sachsen-Anhalt (ArchG LSA § 10 III 3) und dem Saarland (§ 11 II 1 SArchG) verweisen hingegen nicht auf das Bundesarchivgesetz, sodass die längere allgemeine Schutzfrist des jeweiligen Archivgesetzes auch für die genannten Unterlagen Anwendung findet. In Niedersachsen wird lediglich für Unterlagen, die dem Sozialgeheimnis unterliegen, die Geltung der bundesarchivrechtlichen Sperrfrist festgelegt (§ 5 III 1 NArchG), während für alle sonstigen bundesrechtlichen Geheimhaltungsvorschriften unterliegenden Unterlagen die (kürzeren) Sperrfristen samt entsprechenden Verkürzungsmöglichkeiten des niedersächsischen Archivgesetzes gelten (§ 5 III 2 NArchG).¹³⁶

3.3. Verkürzung der Schutzfristen

Die Möglichkeit zur Verkürzung der allgemeinen Schutzfristen ist in allen Archivgesetzen vorgesehen. Ein Teil der Landesarchivgesetze (§ 6 IV LArchG BW, § 7 IV BremArchG, § 10 IV ArchG MV, § 5 V NArchG, § 7 IV ArchG NRW, § 10 IV ArchG LSA, § 9 V LArchG SH) stellt Schutzfristverkürzungen in das pflichtgemäße Ermessen des Archivs bzw. der sonst zuständigen Stelle.¹³⁷ Das Bundesarchivgesetz (§ 12 III 1 BArchG) sowie die Archivgesetze von Bayern (Art. 10 IV BayArchG), Hamburg (§ 5 IV HmbArchG), Rheinland-Pfalz (§ 3 IV Nr. 1 LArchG RLP) und dem Saarland (§ 11 VI SArchG) fordern die Zustimmung der abgebenden Stelle bzw. dessen Rechts- oder Funktionsnachfolgers. Diese dürfen ihre Zustimmung allerdings nur mit der Begründung verweigern, dass ein archivgesetzlicher Versagungsgrund vorliegt.¹³⁸ In Rheinland-Pfalz ist eine Verkürzung der Sperrfrist auch ohne Einwilligung der abgebenden Stelle möglich, wenn die Benutzung für ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben oder ein Dokumentationsvorhaben erforderlich ist (§ 3 IV Nr. 3 LArchG RLP). In Thüringen entscheidet das für staatliche Archivwesen zuständige Ministerium (§ 9 III ThürArchG), in Rheinland-Pfalz bei Fällen von grundlegender Bedeutung das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (§ 9 IV 1 LArchG RLP).¹³⁹ Nach dem neuen Bundesarchivgesetz ist die Einwilligung der abgebenden Stelle entbehrlich, soweit dies durch eine vorherige Vereinbarung festgelegt worden ist (§ 12 IV 2 BArchG).¹⁴⁰ Weitere Landesarchivgesetze machen die Verkürzung der allgemeinen Schutzfrist ermessenseinschränkend abhängig vom Vor-

S. 146; Schreckenbach, Archivgesetze, S. 293; Landtag des Saarlandes, Drs. 13/2434, S. 11 f.; Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 15/4174, S. 9; Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 17/2402, S. 19. Der Bundesrat hatte erfolglos eine Verkürzung der Schutzfrist auf 50 Jahre gefordert, Oldenhege, Änderung, S. 25.

¹³⁴ § 6a II LArchG BW, § 12 II BbgArchG, § 12 S. 2 BremArchG, § 12 III HArchG, § 10 VI LArchG MV, § 12 II LArchG SH, § 18 II ThürArchG, mittlerweile § 10 I 3 SächsArchG.

¹³⁵ Art. 10 III 5 BayArchG, § 5 II Nr. 4 HmbArchG, § 7 IV ArchG NRW.

¹³⁶ Kram, Archivierung und Nutzung, S. 348; Axer, Schutzfristen, S. 146; Hemmie, Veränderungen, S. 23 mit FN 183; Manegold, Archivrecht, S. 203, 332 f.; Bohmbach, Rechtliche Probleme, S. 80.

¹³⁷ Kotte, Verkürzbarkeit von Schutzfristen, S. 155; Manegold, Archivrecht, S. 271; Klein, Benutzung, S. 24 mit FN 7; Bohmbach, Nutzung, S. 66.

¹³⁸ Kotte, Verkürzbarkeit von Schutzfristen, S. 155, 158; Polley, Bestandsaufnahme, S. 32; Klein, Benutzung, S. 24 mit FN 8; Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 46; Weber, Archivgesetzgebung, S. 70; Rausch, Harmonisierungsbedarf, S. 121 f.; Schilling, Schutzfristenverkürzung, S. 6; Marek, Rechtsgrundlagen, S. 108; Manegold, Archivrecht, S. 272; Leiverkus, Opferschutz, S. 10. Im Saarland wurde diese Regelung vom Datenschutzbeauftragten in Anlehnung an das Bundesarchivgesetz durchgesetzt, da diesem die vorgesehenen Verkürzungsmöglichkeiten von Schutzfristen für Forschungsvorhaben als zu großzügig erschienen, Laufer, Saarländisches Archivgesetz, Sp. 777. Das ArchG NRW schrieb ursprünglich die Entscheidung durch das für Kultur zuständige Ministerium vor.

¹³⁹ Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 11/2802, S. 16, 20 f.; Schilling, Archivgesetzgebung zwischen Bürgersturm, S. 138.

¹⁴⁰ Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 73; Partsch, Bundesarchivgesetz, S. 251.

liegen eines öffentlichen Interesses (§ 10 V BbgArchG, § 13 V 1 HArchG, § 10 IV SächsArchG, § 17 V 1 ThürArchG), Berlin eines überwiegenden öffentlichen Interesses (§ 9 IV ArchGB).¹⁴¹

Die Verkürzung von Schutzfristen bei personenbezogenem Archivgut ist an strengere Bedingungen geknüpft. Alle Archivgesetze mit Ausnahme Niedersachsens ermöglichen die Verkürzung der personenbezogenen Schutzfrist durch Einwilligung der betroffenen Person, bis auf Bayern, Sachsen-Anhalt und den Bund auch – wenn diese verstorben ist – durch Angehörige.¹⁴² Für den Fall, dass keine Einwilligung der Betroffenen vorliegt, lässt nur das Saarland (§ 11 VI 2 Nr. 2 SArchG), wie zuvor Nordrhein-Westfalen, Hessen und Sachsen, eine Verkürzung von personenbezogenem Archivgut für wissenschaftliche Forschungsvorhaben zu, während der Bund und die übrigen Länder zusätzlich für eine Verkürzungsmöglichkeit die Wahrnehmung berechtigter Belange bzw. rechtliche Interessen Betroffener oder Dritter, etwa zur Behebung einer Beweisnot, anerkennen.¹⁴³ In Rheinland-Pfalz wird zusätzlich die Erforderlichkeit zur Wahrnehmung der Aufgaben des Landtags, seiner Organe und Abgeordneten sowie der Landesregierung genannt (§ 3 IV Nr. 2 LArchG RLP); in Thüringen eine Vielzahl einzelner Zwecke (§ 17 V 2 Nr. 2 ThürArchG), insbesondere auch bei individuellen Problemlagen, z. B. zur Strafverfolgung, Rehabilitation Betroffener oder Aufklärung des Schicksals Vermisster. In Niedersachsen gilt ausdrücklich eine Verkürzungsmöglichkeit auch für Presse und Rundfunk (§ 5 V 2 Nr. 2 NArchG).¹⁴⁴ In den Archivgesetzen von Rheinland-Pfalz und dem Bund wird seit den Novellierungen zudem eine Verkürzungsmöglichkeit für Dokumentationsvorhaben, in Rheinland-Pfalz auch für die Schaffung einer wissenschaftlichen Infrastruktur eingeräumt.¹⁴⁵ In Berlin reicht generell ein überwiegendes öffentliches Interesse aus (§ 9 IV 1 ArchGB),¹⁴⁶ auch in Nordrhein-Westfalen findet sich mittlerweile eine Verkürzungsmöglichkeit bei personenbezogenen Unterlagen, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt (§ 7 VI 2 Nr. 4 ArchG NRW).

Als weitere Voraussetzung für die Schutzfristenverkürzung bei personenbezogenen Unterlagen gilt in Bayern, Brandenburg, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und in Thüringen Voraussetzung, dass „schutzwürdige Belange Betroffener nicht beeinträchtigt“ werden; in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt müssen diese „hinreichend gewahrt“ sein, in Baden-Württemberg und Hamburg „angemessen berücksichtigt“ wer-

¹⁴¹ Klein, Benutzung, S. 24 mit FN 9; Kotte, Verkürzbarkeit von Schutzfristen, S. 155; Manegold, Archivrecht, S. 272; Polley, Bestandsaufnahme, S. 32; Nadler, S. 153; Rausch, Harmonisierungsbedarf, S. 122; Ittner, Zugangsregelungen, S. 204; Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 14; Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 46. Nach § 9 V ArchGB ist ein solches dann gegeben, wenn die Person oder der historische Vorgang, worauf in der geschützten Einheit Bezug genommen wird, von besonderer oder exemplarischer Bedeutung für die Erforschung der Geschichte oder das Verständnis der Gegenwart ist. Die übrigen Landesgesetzgeber definieren das öffentliche Interesse zwar nicht, stellen es aber offenbar mit den Interessen der zeitgeschichtlichen Forschung gleich, Kotte, Verkürzbarkeit von Schutzfristen, S. 155; Manegold, Archivrecht, S. 272.

¹⁴² § 6 IV LArchG BW, § 8 III ArchGB, § 10 IX BbgArchG, § 7 IV 1 BremArchG, § 5 IV HmbArchG, § 13 VI HArchG, § 10 IV 1 LArchG MV, § 7 VI 2 ArchG NRW, § 3 IV 1 Nr. 1 LArchG RLP, § 10 IV SächsArchG, § 9 VI 1 LArchG SH und § 17 VI ThürArchG; Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 55; Nadler, Archivierung, S. 153; Polley, StUG, S. 163; Klein, Vom Umgang, S. 59; Manegold, Archivrecht, S. 30 f.; Leiverkus, Opferschutz, S. 11; Bizer, Zugangsregelungen, Sp. 419. Für den Bund war eine entsprechende Anpassung an die Landesarchivgesetzgebung bei der letzten Novellierung vorgesehen, scheiterte aber an Bedenken des Bundesministeriums der Justiz, das die Zustimmung der Angehörigen als verfassungsrechtlich bedenklich bewertete, Hänger/Herrmann, Herausforderungen, S. 26 f.

¹⁴³ § 12 II 2 Nr. 1 BArchG, § 6 IV 3 LArchG BW, Art. 10 IV 2 BayArchG, § 10 IX BbgArchG, § 7 IV 2 BremArchG, § 5 IV HmbArchG, § 13 V HArchG, § 10 IV 3, § 7 VI 2 Nr. 3 ArchG NRW, LArchG MV, § 13 V 2 Nr. 3 HArchG, § 3 IV 3 LArchG RLP, § 10 V 2 SächsArchG, § 10 IV 2 ArchG LSA, § 9 VI 2 LArchG SH, i.w.S. wohl auch § 17 V 2 Nr. 2 ThürArchG.

¹⁴⁴ Polley, Bestandsaufnahme, S. 32 f.; Ittner, Zugangsregelungen, S. 204; Merker, Niedersachsen, S. 6 f.; Leiverkus, Opferschutz, S. 11; Lenz, Bundesarchivgesetz, S. 59; Schulte, Das nordrhein-westfälische Archivgesetz, S. 28 f.; Nadler, Archivierung, S. 154; Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 14; Bizer, Zugangsregelungen, Sp. 419 mit FN 111; Vollmer, Novellierung, S. 5; Eiler/Reinhardt, Novelliertes Archivgesetz, S. 170; Eiler, Ein neues Archivgesetz, S. 7; Herrmann, Saarländisches Archivgesetz, S. 3 f.; Hausmann, Archivrecht, S. 90. Nordrhein-Westfalen, Bremen und Brandenburg formulieren ein „rechtliches Interesse“.

¹⁴⁵ Hausmann, Änderungen, S. 56; Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 15/4174, S. 9; Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 70.

¹⁴⁶ Schäfer, Sackgasse, S. 181.

den; in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sind diese „sicherzustellen“, in Rheinland-Pfalz dürfen sie „nicht entgegen stehen“, beim Bund ist eine Beeinträchtigung schutzwürdiger Belange ganz auszuschließen.¹⁴⁷ Um dies zu erreichen, werden beim Bund und in Sachsen-Anhalt „angemessene“, in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein „geeignete Maßnahmen“ gefordert. Das Bundesarchivgesetz nennt in diesem Zusammenhang explizit die Möglichkeiten der Vorlage von anonymisierten Reproduktionen oder das Einholen von Verpflichtungserklärungen (§ 12 II 2 Nr. 2 BArchG), ebenso der ProfE (§ 16 V 2 Nr. 3).¹⁴⁸ Das Landesarchivgesetz Baden-Württemberg sieht demgegenüber nur von einer Anonymisierung ab, wenn das wissenschaftliche Interesse an der Offenbarung wegen der Bedeutung des Forschungsvorhabens die schutzwürdigen Belange des Betroffenen erheblich überwiegt und das Forschungsvorhaben sonst nicht durchgeführt werden kann (§ 6 IV 4 LArchG BW).¹⁴⁹

Beim Bund („Angehörige“), in Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Thüringen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern werden dabei explizit die schutzwürdigen Belange Dritter einbezogen, in Rheinland-Pfalz dazu „öffentliche Belange“. ¹⁵⁰ Bremen (§ 7 V 2 Nr. 3), Brandenburg (§ 10 IX Nr. 3), Hessen (§ 13 V 2 Nr. 2), Thüringen (§ 17 V Nr. 1) und Sachsen (§ 10 V 2) erlauben bei einem öffentlichen Interesse an dem Forschungsvorhaben die Schutzfristenverkürzung auch entgegen schutzwürdiger Belange Betroffener bzw. Dritter.¹⁵¹ In Bremen dürfen nach § 203 I und III StGB geschützte Unterlagen aus einer Beratungstätigkeit vor Ablauf der Schutzfristen nur in anonymisierter Form genutzt werden (§ 7 VI 2 BremArchG).¹⁵² Soweit der Forschungszweck es zulässt, sind die Ergebnisse in Bremen (§ 7 V Nr. 3 S. 2 BremArchG) und Sachsen (§ 10 V 3 SächsArchG) ohne personenbezogene Angaben zu veröffentlichen; in Thüringen (§ 17 V 2 Nr. 1 ThürArchG) gilt dies mit Ausnahme von Personen der Zeitgeschichte, im Saarland (§ 11 VI 4 SArchG), in Hessen (§ 13 VII 1 HArchG) und im ProfE (§ 16 III) überhaupt nur, wenn es für die Darstellung von Forschungsergebnissen unerlässlich ist oder wenn die betroffenen Personen eingewilligt haben.¹⁵³

Bayern (Art. 10 IV 1 BayArchG), Niedersachsen (§ 5 II Nr. 1 NArchG), Schleswig-Holstein (§ 9 V LArchG SH) und Mecklenburg-Vorpommern (§ 10 IV 1 LArchG MV) sehen neben einer Verkürzung im Einzelfall auch die Möglichkeit der generellen Verkürzung von Schutzfristen für bestimmte Archivgutgruppen bzw. bestimmte Teile von Archivgut vor. Hamburg (§ 5 II 2 HmbArchG) und Brandenburg (§ 10 IX BbgArchG) gestatten wie der ProfE (§ 16 VI) die Erteilung von Auskünften vor Ablauf der Schutzfristen, sofern Gründe für Versagung bzw. Einschränkung nicht vorliegen.¹⁵⁴

¹⁴⁷ Bizer, Zugangsregelungen, Sp. 419 mit FN 116; Leiverkus, Opferschutz, S. 11.

¹⁴⁸ Ittner, Zugangsregelungen, S. 204; Lenz, Bundesarchivgesetz, S. 59; Kropat, Archivgesetz, Sp. 362; Nadler, Archivierung, S. 44 f.; Wyduckel, Archivgesetzgebung, S. 330; Kießling, Bestimmungen, S. 39. In Rheinland-Pfalz hatte die Staatskanzlei 1989 vergeblich versucht, anonymisierte Reproduktionen für personenbezogene Unterlagen vor Ablauf der Fristen aufzunehmen, Borck, Ein Jahrzehnt, S. 26. Eine ähnliche Regelung war auch in Nordrhein-Westfalen zunächst geplant, Das Archivgesetz Nordrhein-Westfalens, S. 12.

¹⁴⁹ Schulte, Das nordrhein-westfälische Archivgesetz, S. 28 f.; Kießling, Bestimmungen, S. 39; Leiverkus, Opferschutz, S. 14; Borck, Aspekte, S. 80.

¹⁵⁰ Leiverkus, Opferschutz, S. 12.

¹⁵¹ Nadler, Archivierung, S. 154; Leiverkus, Opferschutz, S. 12. In Bremen, Brandenburg und Thüringen muss wie zuvor in Hessen und Sachsen das öffentliche Interesse erheblich überwiegen.

¹⁵² Polley, StUG, S. 166 f.; Fricke, Bremische Archivgesetz, Sp. 60.

¹⁵³ Nadler, Archivierung, S. 154; Leiverkus, Opferschutz, S. 12 f.; Kießling, Bestimmungen, S. 39; Polley, StUG, S. 166 f.; Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 213.

¹⁵⁴ Nadler, Archivierung, S. 153; Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 214.

Die bundesrechtliche Schutzfrist für Unterlagen, die der Geheimhaltung unterliegen, war bis vor kurzem noch unverkürzbar (§ 5 V 1-4 BArchG a.F.).¹⁵⁵ Seit der letzten Novellierung ist diese Schutzfrist um 30 Jahre verkürzbar, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt (§ 12 III BArchG).¹⁵⁶ Außer in Sachsen-Anhalt können die landesrechtlichen Schutzfristen allesamt verkürzt werden.¹⁵⁷

3.4. *Personen der Zeitgeschichte und Amtspersonen in Ausübung ihres Amtes*

Den Grünen und Datenschützern gelang es, während des Gesetzgebungsverfahrens am Bundesarchivgesetz, die Rechtsfiguren „Amtsträger in Ausübung ihres Amtes“¹⁵⁸ und „Personen der Zeitgeschichte“ in Anlehnung an § 23 I Nr. 1 Kunsturhebergesetz (KUG) zu verankern (§ 5 V 4 BArchG a.F.), sodass die Fristen für deren personenbezogene Unterlagen unter leichteren Bedingungen verkürzt werden können.¹⁵⁹ Dieser Regelung schlossen sich Sachsen-Anhalt (§ 10 IV Nr. 3 ArchG LSA), seit neuestem Berlin (§ 9 IV 4 und 5 ArchGB) sowie zuvor Rheinland-Pfalz an (§ 3 IV 2 LArchG RLP a.F.) an; schutzwürdige Belange müssen jedoch angemessen berücksichtigt werden.¹⁶⁰ Noch weitergehend sind die Regelungen in Brandenburg (§ 10 VIII BbgArchG), Hamburg (§ 5 II Nr. 5 HmbArchG), Mecklenburg-Vorpommern (§ 10 III Nr. 2 LArchG MV), Sachsen (§ 10 II 3 und 4 SächsArchG), Schleswig-Holstein (§ 9 IV Nr. 4 LArchG SH) sowie mittlerweile in Nordrhein-Westfalen (§ 7 III ArchG NRW), Bremen (§ 7 IV 2 BremArchG), beim Bund (§ 11 IV BArchG) und im ProfE (§ 16 IV 2): Dort finden die personenbezogenen Schutzfristen und zum Teil die allgemeine Sperrfrist auf Amtsträger und Personen der Zeitgeschichte keine Anwendung, sofern nicht auch hier der schützenswerte Privatbereich berührt ist; in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gilt dies nur für Amtsträger, nicht für Personen der Zeitgeschichte.¹⁶¹ Thüringen ermöglicht eine nicht anonymisierte Veröffentlichung von Forschungsergebnissen im Hinblick auf Personen der Zeitgeschichte (§ 17 V 2 Nr. 1 S. 2 ThürArchG);¹⁶² Hessen erwähnt die Amtspersonen und Personen der Zeitgeschichte nur noch, als es die Veröffentlichung personenbezogener Daten zulässt (§ 13 VII 2 HArchG). Die Archivgesetze von Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, dem Saarland und inzwischen Rheinland-Pfalz haben wie ursprünglich Nordrhein-Westfalen und Bremen auf diese Rechtsfiguren verzichtet.

4. Ergebnis

Der Vergleich der Archivgesetze in Deutschland hat einmal mehr die enorme Vielfalt und Bandbreite der einzelnen Regelungen aufgezeigt. Für bestimmte Bereiche ist es jedoch durchaus möglich, Archivrechtsgruppen aus-

¹⁵⁵ Polley, Bestandsaufnahme, S. 31 f.; Lenz, Bundesarchivgesetz, S. 59 f.; Kram, Archivierung und Nutzung, S. 346; Hemmie, Veränderungen, S. 24; Weber, Archivgesetzgebung, S. 70; Schäfer, Rechtsvorschriften, S. 41; Ittner, Zugangsregelungen, S. 204.

¹⁵⁶ Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 3.

¹⁵⁷ Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 58; Kießling, Bestimmungen, S. 39; Manegold, Archivrecht, S. 328, 330. Im Saarland konnte sich der Datenschutzbeauftragte mit der Forderung, dass Fristen für geheimzuhaltendes Schriftgut nicht verkürzt werden könnten, nicht durchsetzen, Laufer, Saarländisches Archivgesetz, Sp. 778.

¹⁵⁸ Darunter fallen öffentliche Entscheidungsträger wie Beamte, Richter, Minister oder Professoren, Schröder, Persönlichkeitsschutz, S. 55.

¹⁵⁹ Krüger, Datenschutz, S. 38; Oldenhage, Bemerkungen, Sp. 491; Nadler, Archivierung, S. 45.

¹⁶⁰ Kotte, Verkürzbarkeit von Schutzfristen, S. 154; Polley, Amtsträger, S. 168 f.; Bizer, Zugangsregelungen, Sp. 419; Lenz, Bundesarchivgesetz, S. 59; Manegold, Archivrecht?, S. 45; Nadler, Archivierung, S. 155; Leiverkus, Opferschutz, S. 16; Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 17/2402, S. 21. Personen der Zeitgeschichte werden lediglich in den Gesetzen des Bundes sowie in Berlin, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Rheinland-Pfalz erwähnt, Leiverkus, Opferschutz, S. 26.

¹⁶¹ Klein, Vom Umfang, S. 63 mit FN 28; Manegold, Archivrecht, S. 287; Leiverkus, Opferschutz, S. 15; Wiech, Vom Archivgesetz, S. 116; Leiverkus, Opferschutz, S. 26; Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 2, 69 f.; Kießling, Bestimmungen, S. 39.; Hausmann, Archivrecht, S. 89; Berger, Neuregelung, S. 16.

¹⁶² Nadler, Archivierung, S. 155; Manegold, Archivrecht?, S. 45; ders., Archivrecht, S. 288; Krüger, Datenschutz, S. 39; Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 13; Polley, Amtsträger, S. 169.

zumachen. Dies gilt besonders bei der sensiblen Frage der Schutzfristen, bei der sich drei Gruppen herausgebildet haben: Die längeren Fristen der Ausgangsfassung des Bundesarchivgesetzes (30 Jahre nach dem Tod/110 Jahre nach Geburt/80 Jahre für geheimbedürftiges Archivgut) wurden in Rheinland-Pfalz, dem Saarland und besonders konsequent in Sachsen-Anhalt übernommen,¹⁶³ während die meisten Landesarchivgesetze – zum Teil mit kleinen Abweichungen – Baden-Württemberg mit den kürzeren Schutzfristen folgen.¹⁶⁴ Der Bund, Rheinland-Pfalz und das Saarland sind mittlerweile auch dieser Gruppe zuzuordnen, wobei sich inzwischen ein Konsens bei der Schutzfrist für personenbezogenes Schriftgut auf 100 Jahre nach der Geburt herauskristallisiert, ebenso eine Schutzfrist von 60 Jahren nach Entstehung der Akte, wenn Geburts- und Todesdatum nicht zu ermitteln sind. Eine dritte Gruppe mit nochmals kürzeren Schutzfristen bildete sich mit Schleswig-Holstein, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, der sich vor kurzem auch Berlin angeschlossen hat.

Bei weiteren, wichtigen archivrechtlichen Regelungen wie beim Verständnis von personenbezogenem und geheimhaltungspflichtigem Archivgut, bei den Voraussetzungen für die Verkürzung von Schutzfristen, bei Anonymisierungspflichten vor der Übergabe, bei Anbietungspflichten auch für juristische Personen des Privatrechts und beim Umgang mit unzulässig gespeicherten Unterlagen sind vielfach andere Archivrechtsgruppen auszumachen. Auffällig ist dabei allerdings, dass sich bestimmte Länder oft in den gleichen Gruppen wiederfinden. Dies gilt vor allem für die jeweiligen west- und ostdeutschen Partnerländer, die nach 1990 beim Aufbau der ostdeutschen Archivverwaltungen im Rahmen der Amtshilfe zusammengearbeitet haben. Dabei wurde während der Gesetzgebungsarbeiten das Archivgesetz des jeweiligen westdeutschen Partnerlandes als Vorlage genutzt,¹⁶⁵ auch wenn die Archivgesetze der ostdeutschen Länder zum Teil eigenständige Regelungsgehalte aufweisen.¹⁶⁶ Besonders deutlich ist eine solche Kooperation zwischen Hessen und Thüringen zu erkennen, wo offensichtlich zunächst sogar daran gedacht worden war, das hessische Archivgesetz lediglich durch den Austausch des Landesnamens an Thüringen „anzupassen“.¹⁶⁷ Auch wenn es nicht zu einer wörtlichen Übernahme kam: Bei Wahrung der eigenen Landesspezifika und unter Berücksichtigung der besonderen historischen Situation wurde das Archivgesetz des hessischen Partnerlandes zum Vorbild genommen und der thüringische Entwurf im hessischen Justizministerium 1991 einer Prüfung unterzogen.¹⁶⁸ Dies wird nicht nur beim Aufbau und bei der Systematik der beiden Gesetze deutlich, sondern auch bei ihren Begründungen. Auch zahlreiche materielle Bestimmungen wurden zum Teil wörtlich oder ähnlich übernommen, z.B. bei der Bewertungskompetenz, besonderen personenbezogenen Schutzfristen und Verkürzungsmöglichkeiten für Schutzfristen. Ähnliches gilt für die Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Auch hier weisen die Gesetze und deren Begründungen Ähnlichkeiten in Aufbau und Systematik auf, zum Teil findet man sogar die gleichen Regelungen in denselben Paragraphen, z.B. bei der Nachkassation oder Ausnahme der Anbietungspflicht für Unterlagen, deren Offenbarung gegen das Post- und Fernmeldegeheimnis verstieße – eine für die Archivgesetze äußerst untypische Erscheinung. Weitere oft sehr detaillierte Gemeinsamkeiten sind die Schutzfristregelungen, das Verständnis von personenbezogenem und geheimhaltungsbedürftigem Schriftgut sowie die Verkürzungsmöglichkeiten der Schutzfristen. Unterschiede bestehen dagegen bei den Zugangsregelungen sowie den Anonymisierungspflichten. Auch bei der Entstehung des brandenburgischen Archivgesetzes kam es mit

¹⁶³ Polley, StUG, S. 159; ders., Amtsträger, S. 168 f.; Borck, Aspekte, S. 75; ders., Ein Jahrzehnt, S. 22, 25.

¹⁶⁴ Ausdrücklich genannt in der Begründung zum hessischen Archivgesetz, Hessischer Landtag, Drs. 12/3944, S. 17.

¹⁶⁵ Schreckenbach, Archivrecht in den fünf neuen Ländern, S. 318; Polley, StUG, S. 160; Rumschöttel, Das deutsche Archivwesen, S. 21; Schilling, Zehn Jahre, S. 224 f.; ders., Amtshilfe, S. 13 f.

¹⁶⁶ Schoch/Kloepfer/Garstka, Archivgesetz, S. 31.

¹⁶⁷ Schilling, Archivgesetzgebung zwischen Bürgersturm, S. 128; ders., Zehn Jahre, S. 230.

dem Partnerland Nordrhein-Westfalen zu einer „fruchtbaren Kooperation“;¹⁶⁹ in diesem Fall wurde der Entwurf nicht nur an die dortige Archivverwaltung, sondern auch an die Landschaftsverbände Nordrhein-Westfalens geschickt.¹⁷⁰ Parallelen finden sich hier unter anderem bei der Frage der Anonymisierungspflichten, beim Verständnis von personenbezogenem und geheimhaltungsbedürftigem Archivgut sowie bei der Definition des „berechtigten Interesses“.¹⁷¹

Bei den Schutzfristen übernahm Brandenburg hingegen die zehnjährige Frist aus Schleswig-Holstein, an dem man sich auch bei der allgemeinen Verwaltungsorganisation orientierte.¹⁷² Die hauptsächliche Vorlage für das sächsische Archivgesetz war das bayerische, das auch in Zweifelsfragen zur Auslegung heranzuziehen empfohlen wurde. Dabei wird die Orientierung am bayerischen Vorbild mehr am Aufbau und der Systematik des Gesetzes bzw. dessen Begründung als an materiellen Regelungen deutlich. Außer von Bayern wurden in Sachsen auch vom anderen Partnerland Baden-Württemberg Stellungnahmen der Archivverwaltung eingeholt und bei den Gesetzgebungsarbeiten berücksichtigt.¹⁷³ Auf den ersten Blick bestehen zwar geringere Übereinstimmungen zwischen Niedersachsen und dessen Partnerland Sachsen-Anhalt, das bei der Schutzfristübernahme am konsequentesten dem Bundesarchivgesetz gefolgt ist. Dies mag daran liegen, dass das niedersächsische Archivgesetz erst relativ spät verabschiedet wurde und darüber hinaus viele Besonderheiten aufweist.¹⁷⁴ Dennoch finden sich auch zwischen diesen Bundesländern einige gemeinsame Anklänge, so bei der schon früh in beide Gesetze aufgenommenen Anbiutungspflicht juristischer Personen des Privatrechts, bei ähnlichen Vorstellungen von personenbezogenem Archivgut, dem Verständnis des Beginns von Fristen oder der Verpflichtung, Unterlagen „im Originalzustand“ anzubieten.

Aber auch zwischen weiteren Bundesländern sind bei den Archivgesetzen gegenseitige Abhängigkeiten zu erkennen: So lehnte sich Nordrhein-Westfalen bei seinem Archivgesetz Baden-Württemberg an. Außer bei den Schutzfristen gilt dies bei der Frage der Anonymisierungen, vor allem aber bei der hier nicht weiter behandelten Regelung zu den nichtstaatlichen Archiven.¹⁷⁵ Nordrhein-Westfalen wiederum wurde neben Brandenburg vor allem zur Vorlage für das Bremer Archivgesetz, da das nordrhein-westfälische das „damals neuste Gesetz“ war und als erstes Landesarchivgesetz Konsequenzen aus dem Bundesarchivgesetz gezogen hatte. Gemeinsamkeiten finden sich neben gleichen Schutzfristen und dem Verständnis von personenbezogenem Archivgut beispielsweise bei der Bewertungskompetenz und bei der Bestimmung, den Zugang zum Archivgut von Auflagen und Bedingungen abhängig zu machen.¹⁷⁶ Gewisse Parallelen sind auch zwischen den Archivgesetzen der Hansestädte Hamburg und Bremen auszumachen, die beide als erste eine sechzigjährige Schutzfrist für personenbezogenes Archivgut vorsahen, bei dem weder Todes- noch Geburtsdatum ermittelbar sind. Das novellierte Berli-

¹⁶⁸ Schilling, Archivgesetzgebung und deren Begründung, S. 4; Polley, Amtsträger, S. 168; Schreckenbach, Archivrecht in den fünf neuen Ländern, S. 318.

¹⁶⁹ Birk, Archivgesetz, S. 11.

¹⁷⁰ Schreckenbach, Brandenburgisches Archivgesetz, S. 622.

¹⁷¹ Außerdem wurden auch aus Baden-Württemberg einige Regelungen eingearbeitet, Schreckenbach, Archivrecht in den fünf neuen Ländern, S. 318.

¹⁷² Köstering, Vier Jahre Verwaltungsaufbau, S. 87.

¹⁷³ Sächsischer Landtag, Drs. 1/2476, S. 18; Bannasch, Beständebildung, S. 13; Kolditz, Zur Archivgesetzgebung, S. 4 f.

¹⁷⁴ Mehrfach herausgestellt bei Merker, Niedersachsen.

¹⁷⁵ Kießling, Bestimmungen, S. 37, 39 f.; Schulte, Das nordrhein-westfälische Archivgesetz, S. 21. Dies gilt besonders für die Aufteilung der Vorschriften in staatliche und nichtstaatliche Archive, ebenda. Zum Verhältnis der archivgesetzlichen Regelungen von staatlichen Archiven und Kommunalarchiven, Becker, Staatsaufbau, S. 14 mit FN 5 und 6.

¹⁷⁶ Fricke, Bremische Archivgesetz, Sp. 58-60.

ner Gesetz orientierte sich vor allem an Brandenburg, insbesondere bei den Schutzfristen.¹⁷⁷ Weitere Ähnlichkeiten finden sich in den Archivgesetzen von Rheinland-Pfalz und dem Saarland, zwischen denen traditionell eine engere Beziehung besteht; so gingen beide Länder in ihren Novellierungen bei Fragen der Schutzfristenverkürzungen oder der Nachkassation gleiche Wege; beide Länder hielten zudem am berechtigten Interesse als Zugangsvoraussetzung zu Archivgut sowie an der Einordnung von personenbezogenem Archivgut, das sich auf „natürliche Personen bezieht“, fest. Rheinland-Pfalz hat allerdings im Gegensatz zum Saarland vereinfachte Möglichkeiten der Schutzfristenverkürzung geschaffen. Ansonsten haben beide Länder in Fragen der elektronischen Überlieferungsbildung die meisten Empfehlungen der ARK aufgenommen, Rheinland-Pfalz hat jedoch auf eine explizite Anbietungspflicht für laufend aktualisierte Daten verzichtet. Andererseits hat Rheinland-Pfalz juristische Personen des Privatrechts den übrigen öffentlichen Stellen bei der Anbietungspflicht gleichgestellt. Beide Länder sind daher ein gutes Beispiel für zwei gegenläufige Tendenzen, die sich gegenwärtig im Archivrecht feststellen lassen: Auf der einen Seite sind in einer Reihe von Novellierungen deutliche Harmonisierungstendenzen erkennbar, wie bei den Schutzfristen, beim Wegfall der Bedingung eines „berechtigten Interesses“ oder bei vereinfachten Möglichkeiten der Schutzfristenverkürzung; gleiches gilt für den Bereich der elektronischen Überlieferungsbildung und der Einbeziehung juristischer Personen des Privatrechts in die Anbietungspflicht.¹⁷⁸ Auf der anderen Seite gehen einzelne Länder bei manchen Harmonisierungen nicht mit, und es ist nicht zu verkennen, dass sich neue unterschiedliche Regelungen ergeben. Besonders deutlich wird dies beim Umgang mit unzulässig gespeicherten Daten: Ist deren Übernahme mittlerweile in Sachsen und Hessen gestattet und die Entscheidung darüber in Nordrhein-Westfalen zumindest vertagt, wurde sie bei den letzten Novellierungen in Bremen und vor allem Sachsen-Anhalt weiterhin kategorisch ausgeschlossen. In Sachsen-Anhalt wurde zudem erstmals eine ganze Reihe von Unterlagen von der Anbietungspflicht ausgenommen, ebenso konnte dort die noch im Entwurf vorgesehene Anbietungspflicht für laufend aktualisierte Datenbanken nicht durchgesetzt werden. Weitere Unterschiede bestehen bei den Anonymisierungspflichten sensibler Unterlagen vor der Übernahme, die zuletzt in Nordrhein-Westfalen erweitert zu werden drohten. Abweichungen gibt es auch bei den Rechtsinstituten „Person der Zeitgeschichte“ und „Amtsträger in Ausübung seines Amtes“: Bei den einen Archivgesetzen wurden diese eingeführt, bei anderen wieder abgeschafft. Eine mögliche Vereinheitlichung der Archivgesetzgebung in Deutschland scheint also auch weiterhin in naher Zukunft unwahrscheinlich.¹⁷⁹

Dabei wurde und wird das große Problem der Unterschiedlichkeit von großen Teilen der Archive gesehen. Schon während der Gesetzgebungsarbeiten an den ersten Archivgesetzen entstand in den 1980er Jahren innerhalb der ARK die Forderung, es sollte bei allem Respekt vor der Kulturhoheit der Länder nach Möglichkeit zu ähnlichen Archivgesetzen kommen. Entsprechend gab es eine enge Kooperation und intensive inhaltliche Abstimmung der in Bund und Ländern erarbeiteten Archivgesetzentwürfe durch die Archivreferenten bzw. Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder.¹⁸⁰ So waren das Bundesarchiv und die Landesarchive Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern mit denselben bzw. ähnlichen Vorgaben, vor allem im Schutzfristenbereich, in die Gesetzgebungsverfahren gegangen. Erst in den parlamentarischen Gremien erfuhren die Entwürfe dann Änderungen, damit aber auch gleichzeitig Erleichterungen für die Forschung.¹⁸¹ Von daher tragen weniger die an den ursprünglichen Entwürfen maßgeblich beteiligten Archive die Verantwortung für die

¹⁷⁷ Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 17/2402, S. 2, 11, 22 f.

¹⁷⁸ Happ, Zusammenfassung und Diskussion, S. 108; Rose, Informationsfreiheitsgesetze, S. 1; Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 14 f.

¹⁷⁹ Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 14 f.

¹⁸⁰ Schulte, Das nordrhein-westfälische Archivgesetz, S. 22; Schmitz, Archivgesetz, Sp. 228; Oldenhage, Archivgesetze, S. 876; Richter, Landesarchivgesetzgebung, S. 234; ders., Landesarchivgesetz, Sp. 387.

bundes- und landesunheitlichen Normen bei den Schutzfristen, sondern vielmehr die in den einzelnen Bundesländern unterschiedlichen Vorstellungen der Parlamentarier und Datenschutzbeauftragten.¹⁸² 1997 nahm die ARK einen neuen Anlauf und setzte eine Arbeitsgruppe ein, die eine „Übersicht über die harmonisierungsbedürftigen Bestimmungen der Archivgesetze des Bundes und der Länder“ erarbeiten sollte. Als wichtigster Punkt wurde die Harmonisierung der Schutzfristen genannt, weiterreichende Ergebnisse wurden jedoch nicht erzielt.¹⁸³

Inwiefern private Initiativen wie der ProfE zu einer Rechtsangleichung beitragen können, ist nicht leicht zu beurteilen. Die Begründung zum novellierten Bundesarchivgesetz formuliert, dass teilweise auch auf den ProfE zurückgegriffen worden war, vor allem bei der Reduzierung der Schutzfristen und dem Wegfall der personenbezogenen Schutzfrist für Personen der Zeitgeschichte bzw. Amtsträgern in Ausübung ihres Amtes.¹⁸⁴ Der ProfE stimmt jedoch selbst in großen Teilen bei der elektronischen Überlieferungsbildung mit den ARK-Empfehlungen überein; Abweichungen finden sich eher in Detailfragen. Erkennbar ist, dass das Saarland bei der jährlichen Anbietung von Datenbanken dem Vorschlag des ProfE gefolgt ist. Im Übrigen finden sich vor allem im novellierten sächsischen Archivgesetz bei der Definition der Fristen, der Entstehung von Archivgut und beim Umgang mit unzulässig gespeicherten Daten Anklänge an den ProfE. Andererseits ist zu konstatieren, dass der ProfE bei der Anbietungspflicht juristischer Privatpersonen des Privatrechts, im Zusammenhang mit unzulässig gespeicherten Daten oder bei der Frage nach der Entstehung von Archivgut Forderungen aufgreift, die von Archivaren zum Teil seit langem erhoben werden; andere weitgehende Vorschläge wie die Einbeziehung von Privatpersonen in die Anbietungspflicht oder die Abschaffung der allgemeinen Schutzfrist blieben bisher in der Gesetzgebung unberücksichtigt. Dem ProfE als außenstehendem Gremium scheint damit bei der Formulierung der Archivgesetze eher nur eine flankierende Bedeutung zuzukommen.

Dass aber auf jeden Fall gerade eine stärkere und aktivere Rolle der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen (KLA) und deren Ausschuss „Archive und Recht“ zu einer besseren Angleichung der Archivgesetze beitragen kann, haben die Novellierungen des letzten Jahrzehnts gezeigt: Bei sämtlichen Gesetzgebungsarbeiten wurden im Bereich der elektronischen Überlieferungsbildung die von der ARK verabschiedeten Empfehlungen zur Grundlage und dienten als wichtige Richtschnur.¹⁸⁵ Daher wäre es wünschenswert, dass die Arbeitsgruppe öfter zusammentritt und sich auf von der ARK abzusegnende Empfehlungen einigt, die zumindest verbindlicheren Charakter tragen als bloße Absichtserklärungen wie in den 1980er Jahren. Gefordert ist aber auch die Archivwissenschaft mit einer einheitlicheren Terminologie. Zudem sollten sich die staatlichen Archivverwaltungen stärker als bisher auf einheitliche Standards und gemeinsame Arbeitsprogramme einigen.¹⁸⁶ In den Gesetzgebungsprozessen ist es dann der bei den Anhörungen beteiligte VdA, dem die Aufgabe zufällt, die von der KLA genehmigten Empfehlungen nachdrücklich zu vertreten. Bei den vergangenen Novellierungsarbeiten wurde hier bereits Erfolge erzielt.

¹⁸¹ Bannasch, Erfahrungen, S. 200.

¹⁸² Richter, Landesarchivgesetzgebung, S. 258.

¹⁸³ Ksoll-Marcon, Zugangsregelungen, S. 10.

¹⁸⁴ Deutscher Bundestag, Drs. 18/9633, S. 28 f.

¹⁸⁵ Wiech, Die digitale Herausforderung, S. 4; Battenberg, Archivgesetznovellierungen, S. 12 f.; Hemmie, Veränderungen, S. 12; Weber-Martin, Novellierung, S. 14 FN 37.

¹⁸⁶ So bereits Kretzschmar, Die deutschen Archive, Sp. 233.

5. Rechtstexte und Literatur

Archivgesetze

Bundesarchivgesetz, Gesetz über die Nutzung und Sicherung von Archivgut des Bundes (Bundesarchivgesetz vom 10. März 2017, BGBl. I S. 410).

Landesarchivgesetz Baden-Württemberg, Gesetz über die Pflege und Nutzung von Archivgut vom 27. Juli 1987 (GBl. S. 230), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2015 (GBl. S. 1201).

Bayerisches Archivgesetz vom 22. Dezember 1989 (BayRS 2241-1-WFK, GVBl. S. 710), geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 1999 (GVBl. S. 521).

Archivgesetz des Landes Berlin, Gesetz über die Sicherung und Benutzung von Archivgut des Landes Berlin vom 14. März 2016, GVBl., 96.

Brandenburgisches Archivgesetz, Gesetz über die Sicherung und Nutzung von öffentlichem Archivgut im Land Brandenburg vom 7. April 1994 (GVBl. I/94, [Nr. 09], S. 94) geändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 13. März 2012 (GVBl. I/12, [Nr. 16]).

Bremisches Archivgesetz (Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Bremen vom 7. Mai 1991 (Brem.GBl. S. 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.05.2013 (Brem.GBl. S. 166).

Hamburgisches Archivgesetz vom 21. Januar 1991, HmbGVBl. 1991, S. 7; zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juni 2005 (HmbGVBl. S. 233, 239).

Hessisches Archivgesetz vom 26. November 2012 (GVBl. S. 458). Landesarchivgesetz Mecklenburg-Vorpommern, Archivgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern vom 7. Juli 1997, zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 20. Juli 2006 (GVOBl. MV S. 576).

Niedersächsisches Archivgesetz, Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut in Niedersachsen (NArchG) vom 25. Mai 1993, Nds. GVBl. 1993, 129, i.d.F. der letzten Änderung durch Gesetz vom 05.11.2004 (Nds. GVBl. S. 402).

Archivgesetz Nordrhein-Westfalen, Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Nordrhein-Westfalen (ArchivG NRW) vom 16. März 2010 (GV.NRW S. 188) i.d.F. der Änderung durch Gesetz vom 16. September 2014 (GV.NRW. S. 603).

Landesarchivgesetz Rheinland-Pfalz vom 5. Oktober 1990, GVBl. 1990, S. 277, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.11.2015 (GVBl. S. 383).

Saarländisches Archivgesetz, Gesetz Nr. 1296 vom 23. September 1992 (Amtsbl. 1094), zuletzt geändert durch G. vom 13. Oktober 2015 (Amtsbl. 790).

Archivgesetz für den Freistaat Sachsen vom 17. Mai 1993 (SächsGVBl. S. 449), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. 2014 S. 2).

Archivgesetz Sachsen-Anhalt vom 28. Juni 1995 (GVBl. LSA 1995, 190), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Juli 2015 (GVBl. LSA S. 314).

Landesarchivgesetz Schleswig-Holstein, Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivgutes in Schleswig-Holstein vom 11. August 1992 (GVOBl. 1992, 444), zuletzt geändert durch LVO 04.04.2013 (GVOBl. S. 143).

Thüringer Archivgesetz, Thüringer Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut vom 23. April 1992 (GVBl. 1992, 139), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Juli 2016 (GVBl. S. 228).

Gesetzgebungsmaterialien

Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 17/2402, 28.07.2015. Bayerischer Landtag, Drucksache 11/8185, 18.10.1988.

Bremische Bürgerschaft, Drucksache 18/838, 26.03.2013.

Deutscher Bundestag, Drucksache 11/498, 19.06.1987; 11/1214, 19.11.1987; 18/9633, 15.09.2016.

Hessischer Landtag, Drucksache 12/3944, 24.01.1989; 16/7062, 20.03.2007; 18/6076, 28.08.2012; 18/6531, 20.11.2012.

Landtag des Saarlandes, Drucksache 13/2434, 02.06.2009.

Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 10/3372, 27.06.1988; 14/10028, 27.10.2009.

Landtag Rheinland-Pfalz, Drucksache 11/2802, 10.07.1989; 15/4174, 20.01.2010.

Landtag Sachsen-Anhalt, Drucksache 2/383, 6.12.1994; Drucksache 6/2382, Niedersächsischer Landtag, Drucksache 12/4271, 15.12.1992.

Sächsischer Landtag, Drucksache 1/2476, 02.12.1992; 5/9386, 15.06.2012. Schleswig-Holsteinischer Landtag, Drucksache 12/1615, 10.09.1991.

Thüringer Landtag, Drucksache 1/1005, 09.01.1992.

Literaturliste

- Archive und Forschung Referate des 73. Deutschen Archivtags 2002 in Trier, hrsg. vom VdA (Der Archivar. Mitteilungsblatt für das deutsche Archivwesen 8), Siegburg 2003.
- Archivgesetz NRW, in: Der Archivar 63 (2010), S. 219-223.
- Archivgesetz Rheinland-Pfalz, in: Der Archivar 63 (2010), S. 326-329.
- Archivgesetzgebung und PC im Archiv, hrsg. vom Landschaftsverband Rheinland (Archivberatungsstelle Rheinland – Archivhefte 21), Köln 1989.
- Axer, Christine, Schutzfristen, in: Becker, Irmgard/Rehm, Clemens (Hrsg.), Archivrecht für die Praxis, München 2017, S. 142-152.
- Bannasch, Hermann (Bearb.), Archivrecht in Baden-Württemberg. Texte, Materialien, Erläuterungen (Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, hrsg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg Serie A Landesarchivdirektion Heft 1), Stuttgart 1990.
- Ders., „Das Nähere [...] regelt die Landesregierung durch Rechtsverordnung (Benutzungsordnung)“ – Erfahrungen bei der Normierung der Archivgutnutzung in Baden-Württemberg, in: Polley, (Hrsg.), Archivgesetzgebung in Deutschland. Beiträge eines Symposiums (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg – Institut für Archivwissenschaft Nr. 18), Marburg 1991, S. 183-226.
- Ders., Beständebildung und Beständebereinigung nach Inkrafttreten des Sächsischen Archivgesetzes aus der Sicht des Referats Archivwesen im Sächsischen Staatsministerium des Innern, hrsg. vom Landesverband Sächsischer Archivare im VdA, 3. Sächsischer Archivtag, Tagungsbeiträge Plauen 1993, Chemnitz 1994, S. 10-25.
- Barteleit, Sebastian, Konservierung und Restaurierung, in: Becker, Irmgard/Rehm, Clemens (Hrsg.), Archivrecht für die Praxis, München 2017, S. 91-99.
- Battenberg, J. Friedrich, Archivgesetznovellierungen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Landes Hessen, in: Archivalische Zeitschrift 90 (2008), S. 7-22.
- Beck, Friedrich/Hempel, Wolfgang/Henning, Eckart (Hrsg.), Archivistica docet. Beiträge zur Archivwissenschaft und ihres interdisziplinären Umfelds, Potsdam 1999.
- Beck, Friedrich/Eckart, Henning/Leonhard Joachim-Felix (Hrsg.), Archive und Gedächtnis. Festschrift für Botho Brachmann, Potsdam 2005.
- Becker, Irmgard/ Rehm, Clemens (Hrsg.), Archivrecht für die Praxis, München 2017.
- Becker, Irmgard (Hrsg.), Schutzfristen – Festlegung und Verkürzung. Beiträge zum Workshop der Archivschule Marburg am 3. Mai 2011, Marburg 2012.
- Dies., Staatsaufbau und Archivwesen, in: Dies./ Rehm, Clemens (Hrsg.), Archivrecht für die Praxis, München 2017, S. 13-18.
- Dies., Bewertungshoheit – Bewertungskompetenz, in: Dies./ Rehm, Clemens (Hrsg.), Archivrecht für die Praxis, München 2017, S. 58-71.
- Berger, Hannes, Neuregelung des Bundesarchivrechts, in: ZRP 54 (2017), S. 15-18.
- Ders., Sächsisches Archivgesetz. Kommentar, Hamburg 2018.
- Bickhoff, Nicole, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Rechtsfragen der Nutzung von Archivgut. Vorträge der Frühjahrstagung der Fachgruppe 1 – Staatliche Archive – im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. am 29. April 2010 in Stuttgart, Stuttgart 2010, 6-9.

- Birk, Gerhard, Archivgesetz und Personendatenschutz, in: Brandenburgische Archive 6 (1995), S. 11 f.
- Bischoff, Frank M./Kretzschmar, Robert (Hrsg.), Neue Perspektiven archivischer Bewertung. Beiträge zu einem Workshop an der Archivschule Marburg, 15. November 2004 (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg – Institut für Archivwissenschaft Nr. 42), Marburg 2005.
- Bischoff, Frank M. (Hrsg.), Der Vergangenheit verpflichtet, die Zukunft im Blick. Kolloquium des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen anlässlich der Verabschiedung von Prof. Dr. Wilfried Reininghaus (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 54), Neustadt an der Aisch 2015.
- Bizer, Johann, Archivgesetzliche Zugangsregelungen, in: Der Archivar 46 (1993), Sp. 409-424.
- Bohmbach, Jürgen, Kann die Nutzung von Archivgut von der schriftguterzeugenden Stelle nach Ablauf gesetzlicher Sperrfristen eingeschränkt werden? (Gutachten), in: Archiv Nachrichten Niedersachsen (1998), S. 65 f.
- Ders., Rechtliche Probleme im Archiv, in: Archiv Nachrichten Niedersachsen (2000), S. 77-91.
- Bönnen, Gerold, Novellierung des Archivgesetzes Rheinland-Pfalz aus kommunaler Sicht, in: Schmidt, Heiner (Red.), Alles was Recht ist. Archivische Fragen – juristische Antworten. 81. Deutscher Archivtag in Bremen (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag, hrsg. vom VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. Band 16), Fulda 2012, S. 99-101.
- Borck, Heinz-Günther, Das rheinland-pfälzische Landesarchivgesetz vom 5. Oktober 1990, in: Der Archivar 47 (1994), Sp. 97-118.
- Ders., Aspekte des rheinland-pfälzischen Archivbenutzungsrechts, in: Archivalische Zeitschrift 80 (1997), S. 65-82.
- Ders., Ein Jahrzehnt Landesarchivgesetz Rheinland-Pfalz, in: Unsere Archive. Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven 48 (2003), S. 19-31.
- von Bose, Harald, Herausforderungen für das Archivwesen durch Datenschutz und Informationsfreiheit, Textvorlage für die Rede des Landesbeauftragten für den Datenschutz, anlässlich des Landesarchivtags am 6. Mai 2015 in Bernburg https://datenschutz.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/LfD/PDF/binary/Informationen/Veroeffentlichungen/Reden_und_Vorträge/Landesarchivtag_2015/Vortrag-LArch-Verband_2015.pdf [Stand: 30.03.2018]
- Brüdegam, Julia, Das Hamburgische Informationsfreiheitsgesetz und das Hamburgische Archivgesetz – Widerspruch oder Zusammenwirken?, in: Auskunft. Zeitschrift für Bibliothek, Archiv und Information in Norddeutschland 30 (2010), S. 133-147.
- Dies., Festsetzung von Schutzfristen, in: Becker, Irmgard (Hrsg.), Schutzfristen – Festlegung und Verkürzung. Beiträge zum Workshop der Archivschule Marburg am 3. Mai 2011, Marburg 2012, S. 61-90.
- Debus, Alfred G. (Hrsg.), Informationszugangsrecht Baden-Württemberg. Handkommentar, Baden-Baden 2017.
- Eiler, Klaus, Ein neues Archivgesetz für Hessen, in: Archivnachrichten 13 (2013), S. 6 f. Ders./Reinhardt, Christian, Novelliertes Archivrecht in Hessen, in: Der Archivar 67 (2014), S. 168-171.
- Empfehlungen der ARK-Arbeitsgruppe „Archive und Recht“ zu Regelungen für die Archivierung elektronischer Unterlagen in Rechts- und Verwaltungsvorschriften https://www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/abteilungen/abt/g1/2004_ag_archive_und_recht_archivgesetze.pdf [Stand: 30.03.2018]
- Felschow, Eva-Marie/Schaal, Katharina (Hrsg.), Persönlichkeitsschutz in Archiven der Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen. Frühjahrstagung der Fachgruppe 8 im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., 21. bis 23. März 2012 an den Universitäten Gießen und Marburg (Wissenschaftsarchive 2012 Band 2, hrsg. von Jens Blecher und Sabine Happ), Leipzig 2013.

- Genz, Alexander, Datenschutz in Europa und den USA. Eine rechtsvergleichende Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Safe-Harbor-Lösung, Wiesbaden 2004.
- Günther, Herbert, Konflikte zwischen Rechtssicherung und Bewertung, in: Wettmann, Andrea (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven archivischer Bewertung. Beiträge eines Archivwissenschaftlichen Kolloquiums (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg – Institut für Archivwissenschaft Nr. 21), Marburg 1994, S. 193-214.
- Hänger, Andrea/Herrmann, Tobias, Neue Herausforderungen für die Archivgesetzgebung, in: Forum. Das Fachmagazin des Bundesarchivs, 2013, S. 22-27.
- Happ, Sabine, Zusammenfassung und Diskussion, in: Schmidt, Heiner (Red.), Alles was Recht ist. Archivische Fragen – juristische Antworten. 81. Deutscher Archivtag in Bremen (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag, hrsg. vom VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. Band 16), Fulda 2012, S. 105-108.
- Hausmann, Jost, Rechtliche Fragen. Bemerkungen zum Stand der archivisch relevanten Gesetzgebung, in: Unsere Archive. Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archive 54 (2009), S. 67 f.
- Ders., Wichtige Änderungen im Landesarchivgesetz Rheinland-Pfalz, in: Unsere Archive. Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archive 56 (2011), S. 55-59.
- Ders., Archivrecht. Ein Leitfaden, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2021.
- Hemmie, Dagmar, Veränderungen des Archivrechts unter den Herausforderungen der digitalen Langzeitarchivierung. Vergleichende Betrachtung der Archivgesetzgebung des Bundes und der Länder (Masterarbeit im berufsbegleitenden Fernstudium Archivwissenschaft an der Fachhochschule Potsdam – Fachbereich Informationswissenschaft, eingereicht am 25.08.2014) <https://d-nb.info/1133176429/34> [Stand: 30.03.2018].
- Herrmann, Hans-Walter, Saarländisches Archivgesetz in Kraft getreten, in: Unsere Archive 37 (1993), S. 3 f.
- Hetzer, Gerhard, Aktenaussonderung nach Vorschrift. Überlegungen zur Umsetzung des Bayerischen Archivgesetzes, in: Archivalische Zeitschrift 90 (2008), S. 23-34.
- Heydenreuter, Reinhard, Die rechtlichen Grundlagen des Archivwesens. Ein Diskussionsbeitrag, in: Der Archivar 32 (1979), Sp. 157-170.
- Ittner, Stefan, Zugangsregelungen zu Archivgut, in: Perspektive Bibliothek 1.1 (2012), S. 196-215.
- Jaroschka, Walter, Bayerisches Archivgesetz. Einführung und Textabdruck, in: Der Archivar 44 (1991), Sp. 535-550.
- Kahlenberg, Friedrich P. (Hrsg.), Aus der Arbeit der Archive. Festschrift für Hans Booms (Schriften des Bundesarchivs 36), Boppard am Rhein 1989.
- Kalk, Klaus-Rainer, Datenschutz- und Archivgesetz in Sachsen-Anhalt, in: Nimz, Brigitta (Red.), Aufgaben kommunaler Archive – Anspruch und Wirklichkeit – Referate des 5. Fortbildungsseminars der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) vom 29. bis 31. Oktober 1996 in Wernigerode/Harz (Texte und Untersuchungen zur Archivpflege, hrsg. von Norbert Reimann Band 9), Münster 1997, S. 101-111.
- Kappelhoff, Bernd, Archivgesetzgebung und Privatisierung hoheitlicher Aufgaben, in: Auskunft. Zeitschrift für Bibliothek, Archiv und Information in Norddeutschland 27 (2007), S. 49-57.
- Keitel, Christian, Aussonderung und Übergabe, in: Becker, Irmgard/ Rehm, Clemens (Hrsg.), Archivrecht für die Praxis, München 2017, S. 72-85.
- Kießling, Rickmer, Die Bestimmungen für kommunale Archive in den Archivgesetzen der Bundesländer, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 34 (1991), S. 36-41.

- Klein, Michael, Die Benutzung von eingeschränkt zugänglichen Archivalien – Archivgesetzliche Bestimmungen und praktische Anwendung, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe* 58 (2003), S. 22-27.
- Ders., Vom Umgang mit schwierigen Unterlagen: Personenbezogenes Archivgut in der Benutzung, in: Stumpf, Marcus/Tiemann, Katharina (Hrsg.), „Im (virtuellen) Lesesaal ist für Sie ein Platz reserviert ...“. Archivbenutzung heute – Perspektiven für morgen. Beiträge des 21. Fortbildungsseminars der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) in Kassel vom 14.-16. November 2012 (Texte und Untersuchungen zur Archivpflege Band 27), Münster 2013, S. 53-64.
- Kolditz, Gerald, Zur Archivgesetzgebung im Freistaat Sachsen. Werdegang und Probleme, in: *Sächsisches Archivblatt* 1 (1992), S. 3-6.
- König, Stefan, Archivgesetzgebung zwischen Datenschutz und Informationsfreiheit. Anmerkungen zum Referentenentwurf für ein Archivgesetz des Landes Berlin, in: *Der Archivar* 38 (1985), Sp. 193-202.
- Köstering, Heinz, Vier Jahre Verwaltungsaufbau im Land Brandenburg – Rezeption, Evolution oder Innovation?, in: *Verwaltungsrundschau* 3 (1995), S. 83-90.
- Korte-Böger, Andrea, Das Recht auf Benutzung in den Archivgesetzen der Bundesrepublik Deutschland, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe* 37 (1993), S. 16-19.
- Kram, Benjamin, Die Archivierung und Nutzung von Unterlagen, die Geheimhaltungsvorschriften unterliegen. Mit besonderer Berücksichtigung des Sozialgeheimnisses gem. § 35 SGB I, in: *Der Archivar* 68 (2015), S. 345-349.
- Kretzschmar, Robert, Die deutschen Archive, der Föderalismus und die kommunale Selbstverwaltung, in: *Der Archivar* 59 (2006), S. 231-234.
- Kropat, Wolf-Arno, Das hessische Archivgesetz. Einführung und Textabdruck, in: *Der Archivar* 43 (1990), Sp. 359-374.
- Krüger, Dieter, Datenschutz oder doch „Täterschutz“? Die Anonymisierung historischer Quellen als Problem des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und der Archivgesetze, in: *Der Archivar* 53 (2000), S. 34-42.
- Ksoll-Marcon, Margit, Zugangsregelungen zu Archivgut in den Archivgesetzen des Bundes und der Länder, in: Rehm, Clemens/Bickhoff, Nicole (Hrsg.), *Rechtsfragen der Nutzung von Archivgut. Vorträge der Frühjahrstagung der Fachgruppe 1 – Staatliche Archive – im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. am 29. April 2010 in Stuttgart*, Stuttgart 2010, S. 10-16.
- Kuchler, Barbara, Übermittlung (Anbietung) von Unterlagen, die dem Sozialgeheimnis nach § 35 SGB I unterliegen, an ein Archiv, in: *Neue Zeitschrift für Sozialrecht*, S. 127-131.
- Laufer, Wolfgang, Saarländisches Archivgesetz. Einführung und Textabdruck, in: *Der Archivar* 50 (1997), Sp. 769-783.
- Leiverkus, Yvonne, „Opferschutz statt Täterschutz?“ – Der Umgang mit archivischen Schutz- und Sperrfristen im Hinblick auf die berechtigten Belange Dritter in personenbezogenem Archivgut. Transferarbeit im Rahmen der Ausbildung für den höheren Dienst, vorgelegt am 31. März 2009 [http://www.archive.nrw.de/lav/abteilungen/fachbereich_grundsaeetze/BilderKartenLogo_sDateien/Transferarbeiten/Leiverkus_Transferarbeit.pdf, zuletzt abgerufen am 18.03.2018]
- Lenz, Wilhelm, Das Bundesarchivgesetz und seine Benutzungsregelungen, in: *Mitteilungen aus dem Bundesarchiv* 1 (1993), S. 57-61.
- Ders., Archivbenutzung und Schutz der Persönlichkeitsrechte in Deutschland, in: *Protection de la vie privée et consultation des archives: une conciliation des archives: Une conciliation difficile? Comparaison entre les si-*

- tuations allemande, néerlandaise, française et belge en 1999, in: *Miscellanea Archivistica Studia* 137 (2001), S. 11-28.
- Lönnies, Tillmann, Das Archivgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, in: *Eildienst. Landkreistag Nordrhein-Westfalen*, 7-8 (2010), S. 243-245.
- Manegold, Bartholomäus, Archivrecht. Die Archivierungspflicht öffentlicher Stellen und das Archivzugangsrecht des historischen Forschers im Lichte der Forschungsfreiheitsverbürgung des Art. 5 Abs. 3 GG (Schriften zum Öffentlichen Recht 874), Berlin 2002.
- Ders., Archivrecht? Archivrecht! Zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen öffentlicher Archive in Deutschland, in: Schmidt, Heiner (Red.), *Alles was Recht ist. Archivische Fragen – juristische Antworten*. 81. Deutscher Archivtag in Bremen (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag, hrsg. vom VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. Band 16), Fulda 2012, S. 31-49.
- Marek, Dieter, Die Rechtsgrundlagen der Archivbenutzung im Freistaat Thüringen, in: *Archivwesen in Böhmen, Thüringen und Sachsen. Fachtagungsvorträge*, Eger 21.-23. Mai 2012, in: Milan, Augustin (Hrsg.), *Archivnictví v Cechách*, Durynsku a Sasku Pilsen 2013, S. 107-111.
- Martin-Weber, Bettina, Zur Novellierung des Bundesarchivgesetzes, in: *Mitteilungen aus dem Bundesarchiv* 1 (2010), S. 10-19.
- Dies., Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG) und Bundesarchivgesetz, in: Rehm, Clemens/Bickhoff, Nicole (Hrsg.), *Rechtsfragen der Nutzung von Archivgut. Vorträge der Frühjahrstagung der Fachgruppe 1 – Staatliche Archive – im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. am 29. April 2010 in Stuttgart*, Stuttgart 2010, S. 17-31.
- Dies., Spezialgesetzliche Lösungsgebote und archivgesetzliche Anbietungspflicht! – kein Gegensatz, in: *Forum. Das Fachmagazin des Bundesarchivs* 2013, S. 16-21.
- Menne-Haritz, Angelika/Hofmann, Rainer (Hrsg.), *Archive im Kontext. Öffnen, Erhalten und Sichern von Archivgut in Zeiten des Umbruchs. Festschrift für Prof. Dr. Hartmut Weber zum 65. Geburtstag* (Schriften des Bundesarchivs 72), Düsseldorf 2010.
- Merker, Otto, Niedersachsen hat erstmals ein Archivgesetz, in: *Archive in Niedersachsen*, 11 (1994), S. 3-9.
- Meyer, Dietrich/Hey, Bernd (Hrsg.), *Akten betreuter Personen als archivische Aufgabe. Beratungs- und Patientenakten im Spannungsfeld von Persönlichkeitsschutz und historischer Forschung*, Neustadt an der Aisch 1997.
- Milan, Augustin (Hrsg.), *Archivnictví v Cechách*, Durynsku a Sasku, Pilsen 2013.
- Mötsch, Johannes (Hrsg.), *Ein Eifler für Rheinland-Pfalz. Festschrift für Franz-Josef Heyen zum 75. Geburtstag am 2. Mai 2003 Teil 2 (Quellen und Abhandlungen zur mittelhessischen Kirchengeschichte)*, Mainz 2003.
- Müller, Paul, Auf dem Weg zu Archivgesetzen in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Historical Social Research* 8 (1983), S. 111-121.
- Müller, Roland, Das Landesarchivgesetz und die Benutzung der Staatsarchive in Baden-Württemberg. Eine Gebrauchsanweisung, in: *Mitteilungsblatt/Arbeitskreis Stuttgarter Stadtgeschichte im Württembergischen Geschichts- und Altertumsverein (GAV)* 1 (1992), S. 17-21.
- Nadler, Andreas, *Die Archivierung und Benutzung staatlichen Archivgutes nach den Archivgesetzen des Bundes und der Länder*, Bonn 1995.

- Oebbecke, Janbernd/Nienkemper, Christian, Archivbenutzung in verändertem rechtlichem Umfeld. Zum Verhältnis unterschiedlicher Zugangsregelungen zu Informationen im Archiv, in: *Archivpflege in Westfalen-Lippe* 61 (2004), S. 13-19.
- Olbertz, Susanne, Das Bundesarchivgesetz im Kontext der neuen Gesetzgebung zum Informationszugang in der Verwaltung, in: Menne-Haritz, Angelika/Hofmann, Rainer (Hrsg.), *Archive im Kontext. Öffnen, Erhalten und Sichern von Archivgut in Zeiten des Umbruchs. Festschrift für Prof. Dr. Hartmut Weber zum 65. Geburtstag* (Schriften des Bundesarchivs 72), Düsseldorf 2010, S. 139-153.
- Oldenhage, Klaus, Bemerkungen zum Bundesarchivgesetz, in: *Der Archivar* 41 (1988), Sp. 477-498.
- Ders., Änderung des Bundesarchivgesetzes beseitigt letzte rechtliche Hindernisse zur Erforschung von NS-Verbrechen, in: *Der Archivar* 56 (2003), S. 25-28.
- Oldenhage, Klaus/Schreyer, Hermann/Werner, Wolfgang (Hrsg.), *Archiv und Geschichte – Festschrift für Friedrich P. Kahlenberg*, Düsseldorf 2000.
- Oldenhage, Klaus, Archivgesetze des Bundes und der Länder, in: Mötsch, Johannes (Hrsg.), *Ein Eifler für Rheinland-Pfalz. Festschrift für Franz-Josef Heyen zum 75. Geburtstag am 2. Mai 2003 Teil 2* (Quellen und Abhandlungen zur mittelhessischen Kirchengeschichte), Mainz 2003, S. 875-882.
- Ders., Bundesarchivgesetz und Informationsfreiheitsgesetz, in: *Der Archivar* 58 (2005), S. 291 f.
- Partsch, Christoph/Koschmieder, Norman, Der archivrechtliche Informationszugang nach der Novelle des BAArchG, *NJW* 2017, S. 3416-3422.
- Partsch, Christoph (Hrsg.), *Bundesarchivgesetz. Handkommentar*, 2. Auflage, Baden-Baden 2021.
- Polley, Rainer, Das Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes, in: *Neue Juristische Wochenschrift* 33 (1988), S. 2026 f.
- Ders., (Hrsg.), *Archivgesetzgebung in Deutschland. Beiträge eines Symposiums* (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg – Institut für Archivwissenschaft Nr. 18), Marburg 1991.
- Ders., Gesetzliche Einschränkungen der Bewertungskompetenz, in: Wettmann, Andrea (Hrsg.), *Bilanz und Perspektiven archivischer Bewertung. Beiträge eines Archivwissenschaftlichen Kolloquiums* (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg – Institut für Archivwissenschaft Nr. 21), Marburg 1994, S. 89-97.
- Ders., StUG und deutsche Archivgesetze. Verwendung der Stasi-Unterlagen und Nutzung von Archivgut nach den deutschen Archivgesetzen insbesondere der neuen Bundesländer, in: Unverhau, Dagmar (Hrsg.), *Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung. Referate der Tagung der BStU vom 26.-28.11.1997* (Archiv zur DDR-Staatssicherheit Band 2), Münster 1998, S. 153-167.
- Ders., (Hrsg.), *Archivgesetzgebung in Deutschland – Ungeklärte Rechtsfragen und neue Herausforderungen. Beiträge des 7. Archivwissenschaftlichen Kolloquiums der Archivschule Marburg* (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg – Institut für Archivwissenschaft Nr. 38), Marburg 2003.
- Ders., „Oft büßt Gutes ein, wer Besseres sucht“ – Bestandsaufnahme und Gedanken zum aktuellen Stand der Archivgesetzgebung in Deutschland, in: Ders. (Hrsg.), *Archivgesetzgebung in Deutschland – Ungeklärte Rechtsfragen und neue Herausforderungen. Beiträge des 7. Archivwissenschaftlichen Kolloquiums der Archivschule Marburg* (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg – Institut für Archivwissenschaft Nr. 38), Marburg 2003, S. 17-37.
- Ders., Amtsträger in Ausübung ihres Amtes und Personen der Zeitgeschichte im Rahmen der Archivgesetze des Bundes und der Länder, in: Unverhau, Dagmar (Hrsg.), *Hatte „Janus“ eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit. Referate der Tagung der BStU in Zusammenarbeit mit der*

- Museumsstiftung Post und Telekommunikation sowie dem Bundesarchiv vom 27.-29.11.2002 in Berlin (Archiv zur DDR Staatssicherheit Band 6), Münster 2003, S. 161-171.
- Ders., Die archivische Bewertung als Gegenstand einer komparativen Normenanalyse – Ein programmatisches Anliegen, in: Bischoff, Frank M./Kretzschmar, Robert (Hrsg.), Neue Perspektiven archivischer Bewertung. Beiträge zu einem Workshop an der Archivschule Marburg, 15. November 2004 (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg – Institut für Archivwissenschaft Nr. 42), Marburg 2005, S. 145-188.
- Ders., (Hrsg.), Anbietung von Unterlagen öffentlicher Stellen an die Archive. Rechtslagen, Probleme, Lösungswege. Beiträge zu einem Workshop am 27. November 2008 an der Archivschule Marburg. Herrn Dr. Herbert Günther zum 65. Geburtstag (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 50), Marburg 2011
- Ders., Die archivischen Fachaufgaben in den deutschen Archivgesetzen – Eine Vergleichsanalyse, in: Archivnachrichten aus Hessen, 11 (2011), S.21-24.
- Ders., Archivrecht in Deutschland, in: Becker, Irmgard/ Rehm, Clemens (Hrsg.), Archivrecht für die Praxis, München 2017, S. 19-36.
- Rausch, Rainer, Harmonisierungsbedarf der Archivgesetzgebung evangelischer Kirchen, in: Aus evangelischen Archiven 54 (2014), S. 94-137.
- Rehm, Clemens, Novellierung Archivgesetz Hessen (Sachstand und Stellungnahme), in: Der Archivar 66 (2013), S. 119-122.
- Ders./Bickhoff, Nicole (Hrsg.), Rechtsfragen der Nutzung von Archivgut. Vorträge der Frühjahrstagung der Fachgruppe 1 – Staatliche Archive – im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. am 29. April 2010 in Stuttgart, Stuttgart 2010.
- Rehm, Clemens, Novellierung des Bundesarchivgesetzes, in: Der Archivar 65 (2012), S. 328-332.
- Ders., Nachkassation, in: Becker, Irmgard/ Rehm, Clemens (Hrsg.), Archivrecht für die Praxis, München 2017, S. 86-88.
- Ders., Sicherung von Archivgut durch Kulturschutzgut- und Denkmalschutzgesetze, in: Becker, Irmgard/ Rehm, Clemens (Hrsg.), Archivrecht für die Praxis, München 2017, S. 104-133.
- Ders., Zugang zu Informationen in Archivgut, in: Debus, Alfred G. (Hrsg.), Informationszugangsrecht Baden-Württemberg. Handkommentar, Baden-Baden 2017, S. 134-165.
- Richter, Gregor, Das baden-württembergische Landesarchivgesetz vom 27. Juli 1987, in: Der Archivar 41 (1988), Sp. 385-398.
- Ders., Die parlamentarische Behandlung des baden-württembergischen Landesarchivgesetzes vom 27. Juli 1987.
- Ders., Die Landesarchivgesetzgebung in Baden-Württemberg, in: Bannasch, Hermann (Bearb.), Archivrecht in Baden-Württemberg. Texte, Materialien, Erläuterungen (Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, hrsg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg Serie A Landesarchivdirektion Heft 1), Stuttgart 1990, S. 231-263.
- Rose, Rebecca Saskia, Informationsfreiheitsgesetze im Spannungsfeld des Archivrechts. Unter besonderer Betrachtung des IFG BW (Transferarbeit im Rahmen der Laufbahnprüfung für den höheren Archivdienst), abgegeben Marburg am 04.04.2016. [https://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/60859/-Transferarbeit2016_Rose.pdf, Stand: 30.03.2018]
- Schäfer, Udo, Das Patientengeheimnis – Ein Hindernis für die Archivierung von Patientenunterlagen, in: Meyer, Dietrich/Hey, Bernd (Hrsg.), Akten betreuter Personen als archivische Aufgabe. Beratungs- und Patientenak-

ten im Spannungsfeld von Persönlichkeitsschutz und historischer Forschung, Neustadt an der Aisch 1997, S. 11-26.

Ders., Rechte auf Zugang zu Archivgut außerhalb der Archivgesetze, in: *Der Archivar* 52 (1999), S. 20-26.

Ders., Rechtsvorschriften über Geheimhaltung sowie Berufs- und besondere Amtsgeheimnisse im Sinne der Archivgesetze des Bundes und der Länder – Grundzüge einer Dogmatik, in: Polley, Rainer (Hrsg.), *Archivgesetzgebung in Deutschland – Ungeklärte Rechtsfragen und neue Herausforderungen. Beiträge des 7. Archivwissenschaftlichen Kolloquiums der Archivschule Marburg* (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg – Institut für Archivwissenschaft Nr. 38), Marburg 2003, S. 39-69.

Ders., Sackgasse – Zur Übermittlung personenbezogener Daten aus Archivgut vor Ablauf der Sperr- oder Schutzfristen, in: *Archive und Forschung Referate des 73. Deutschen Archivtags 2002 in Trier*, hrsg. vom VdA (*Der Archivar. Mitteilungsblatt für das deutsche Archivwesen* 8), Siegburg 2003, S. 181-194.

Ders., Archivgut als bewegliches Kulturgut, in: *Der Archivar* 59 (2006), S. 19-21.

Schilling, Lutz, Archivgesetzgebung und deren Begründung, in: *Archive in Thüringen* 1 (1992), S. 4-6.

Ders., Amtshilfe der Archivverwaltungen Hessen und Rheinland-Pfalz für Thüringen, in: *Archive in Thüringen* 1 (1992), S. 13-15.

Ders., Thüringer Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut. Einführung und Textabdruck, in: *Der Archivar* 45 (1992), Sp. 549-562.

Ders., Archivgesetzgebung zwischen Bürgersturm und Verwaltungskontinuität, in: Beck, Friedrich/Hempel, Wolfgang/Henning, Eckart (Hrsg.), *Archivistica docet. Beiträge zur Archivwissenschaft und ihres interdisziplinären Umfelds*, Potsdam 1999, S. 123-144.

Ders., Zehn Jahre Archivverwaltungspraxis in Thüringen, in: Oldenhave, Klaus/Schreyer, Hermann/Werner, Wolfgang (Hrsg.), *Archiv und Geschichte – Festschrift für Friedrich P. Kahlenberg*, Düsseldorf 2000, S. 224-239.

Ders., Schutzfristenverkürzung: Rechtsgrundlagen – Entscheidungsfindung – Genehmigungsverfahren, in: *Archive in Thüringen* 2 (2003), S. 4-7.

Ders., Vorfeldarbeit und Bewertung – die archivrechtliche Stellung des Archivars gegenüber Registraturbildnern in Thüringen, in: Beck, Friedrich/Eckart, Henning/Leonhard Joachim-Felix (Hrsg.); *Archive und Gedächtnis. Festschrift für Botho Brachmann*, Potsdam 2005, S. 325-330.

Schmidt, Heiner (Red.), *Alles was Recht ist. Archivische Fragen – juristische Antworten*. 81. Deutscher Archivtag in Bremen (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag, hrsg. vom VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. Band 16), Fulda 2012.

Schmitz, Hans, *Archive zwischen Wissenschaftsfreiheit und Persönlichkeitsschutz. Anmerkungen zur Archivgesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Archivalienbenutzung*, in: Kahlenberg, Friedrich P. (Hrsg.), *Aus der Arbeit der Archive. Festschrift für Hans Booms* (Schriften des Bundesarchivs 36), Boppard am Rhein 1989, S. 95-112.

Ders., Das Archivgesetz Nordrhein-Westfalen, in: *Archivgesetzgebung und PC im Archiv*, hrsg. vom Landschaftsverband Rheinland (Archivberatungsstelle Rheinland – Archivhefte 21), Köln 1989, S. 9-15.

Ders., Archivgesetz Nordrhein-Westfalen. Einführung und Textabdruck, in: *Der Archivar* 43 (1990), Sp. 227-240.

Schoch, Friedrich, Modernisierung des Archivrechts in Deutschland, in: *Die Verwaltung* 39 (2006), S. 463-491.

- Ders./Kloepfer, Michael/Garstka, Hansjürgen, Archivgesetz (ArchG-ProfE). Entwurf eines Archivgesetzes des Bundes (Beiträge zum Informationsrecht Band 21), Berlin 2007.
- Scholz, Michael, Archivrecht im Internet, in: Archiv-Nachrichten Niedersachsen. Mitteilungen aus niedersächsischen Archiven 11 (2007), S.66-76.
- Ders., Grundsatzfragen der Benutzung in öffentlichen Archiven, in: Brandenburgische Archive 27 (2010), S. 13-17.
- Ders., „... wäre es nicht gerechtfertigt, der Überlieferung von Unterlagen absoluten Vorrang ... einzuräumen.“ Ausnahmen von der Anbietungspflicht als Problem der Überlieferungsbildung, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 83 (2015), S. 37-43.
- Ders., Löschung oder Archivierung? Rechtliche Aspekte bei der Übernahme personenbezogener Daten, in: Stumpf, Marcus/Tiemann, Katharina (Hrsg.), Personen- und bevölkerungsgeschichtliche Quellen in Kommunalarchiven. Beiträge des 23. Fortbildungsseminars der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) in Potsdam vom 12.-14. November 2014 (Texte und Untersuchungen zur Archivpflege Band 30), Münster 2015, S. 24-39.
- Schreckenbach, Hans-Joachim, Erläuterungen zum Brandenburgischen Archivgesetz, in: Brandenburgische Archive 3 (1994), S. 6-15.
- Ders., Brandenburgisches Archivgesetz, in: Der Archivar 48 (1995), S. 621-634.
- Ders., Archivrecht in den fünf neuen Ländern. Eine historische und vergleichende Betrachtung, in: Beck, Friedrich/Neitmann, Klaus (Hrsg.), Brandenburgische Landesgeschichte und Archivwissenschaft. Festschrift für Liselotte Enders zum 70. Geburtstag, Weimar 1997, S. 306-326.
- Ders., Archivgesetze in den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, in: Landes- und Kommunalverwaltung. Verwaltungsrechtliche Zeitschrift für die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen 8 (1998), S. 289-294.
- Ders., Archivgesetze und Archivterminologie, in: Oldenhege, Klaus/Schreyer, Hermann/Werner, Wolfgang (Hrsg.), Archiv und Geschichte – Festschrift für Friedrich P. Kahlenberg, Düsseldorf 2000, S. 157-181.
- Schröder, Stephen, Persönlichkeitsschutz in den deutschen Archivgesetzen – Schutzfristen und Versagungen bzw. Einschränkungen in besonderen Fällen, in: Felschow, Eva-Marie/Schaal, Katharina (Hrsg.), Persönlichkeitsschutz in Archiven der Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen. Frühjahrstagung der Fachgruppe 8 im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., 21. bis 23. März 2012 an den Universitäten Gießen und Marburg (Wissenschaftsarchive 2012 Band 2, hrsg. von Jens Blecher und Sabine Happ), Leipzig 2013, S. 39-63.
- Schulte, Paul-Günter, Das nordrhein-westfälische Landesarchivgesetz und seine Auswirkungen auf kommunale Archive, in: Archivgesetzgebung und PC im Archiv, hrsg. vom Landschaftsverband Rheinland (Archivberatungsstelle Rheinland – Archivhefte 21), Köln 1989, S. 17-31.
- Steinert, Mark, Das neue Archivgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen. Regelungen für kommunale Archive, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 73 (2010), S. 44-53.
- Stumpf, Marcus/Tiemann, Katharina (Hrsg.), „Im (virtuellen) Lesesaal ist für Sie ein Platz reserviert ...“. Archivbenutzung heute – Perspektiven für morgen. Beiträge des 21. Fortbildungsseminars der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) in Kassel vom 14.-16. November 2012 (Texte und Untersuchungen zur Archivpflege Band 27), Münster 2013.

- Stumpf, Marcus/Tiemann, Katharina (Hrsg.), Personen- und bevölkerungsgeschichtliche Quellen in Kommunalarchiven. Beiträge des 23. Fortbildungsseminars der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) in Potsdam vom 12.-14. November 2014 (Texte und Untersuchungen zur Archivpflege Band 30), Münster 2015.
- Stumpf, Marcus, Unzugänglich zugänglich? Der Zugang zum Archivgut in Deutschland nach der digitalen Wende, in: Bischoff, Frank M. (Hrsg.), Der Vergangenheit verpflichtet, die Zukunft im Blick. Kolloquium des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen anlässlich der Verabschiedung von Prof. Dr. Wilfried Reininghaus (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 54), Neustadt an der Aisch 2015, S. 65-78.
- Taddey, Gerhard, Das Landesarchivgesetz Baden-Württemberg und seine Konsequenzen für die Bewertungsfrage, Sp. 539-547.
- Treffeisen, Jürgen, Aussonderungsvereinbarungen – Verwaltungsvorschriften zur Abgrenzung der Rechte und Pflichten zwischen Archiv und zu bewertenden Einrichtungen, in: Polley, Rainer (Hrsg.), Archivgesetzgebung in Deutschland – Ungeklärte Rechtsfragen und neue Herausforderungen. Beiträge des 7. Archivwissenschaftlichen Kolloquiums der Archivschule Marburg (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg – Institut für Archivwissenschaft Nr. 38), Marburg 2003, S. 155-191.
- Ders., Anbietungspflicht staatlicher Unterlagen zwischen Theorie und Praxis, in: Polley, Rainer (Hrsg.), Anbietung von Unterlagen öffentlicher Stellen an die Archive. Rechtslagen, Probleme, Lösungswege. Beiträge zu einem Workshop am 27. November 2008 an der Archivschule Marburg. Herrn Dr. Herbert Günther zum 65. Geburtstag (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 50), Marburg 2011, S. 45-77.
- Unverhau, Dagmar (Hrsg.), Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung. Referate der Tagung der BStU vom 26.-28.11.1997 (Archiv zur DDR-Staatssicherheit Band 2), Münster 1998.
- Dies., (Hrsg.), Hatte „Janus“ eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit. Referate der Tagung der BStU in Zusammenarbeit mit der Museumsstiftung Post und Telekommunikation sowie dem Bundesarchiv vom 27.-29.11.2002 in Berlin (Archiv zur DDR Staatssicherheit Band 6), Münster 2003.
- Vetter, Reinhard, Das Archiv zwischen Transparenz und Persönlichkeitsschutz – Konfliktlinien und Lösungsmöglichkeiten aus Sicht des Datenschutzes, in: Archive in Bayern 2 (2005), S. 159-180.
- Vollmer, Arnd, Die Novellierung des Sächsischen Archivgesetzes – Die wichtigsten Änderungen, in: Sächsisches Archivblatt 1 (2014), S. 4 f.
- Weber, Hartmut, Datenschutz und Archive in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen der Vereinigung Schweizerischer Archivare 36 (1984), S. 7-14.
- Ders., Archivgesetzgebung in der Bundesrepublik – Wunsch und Wirklichkeit, in: ARBIDO-R 4 (1989), S. 65-72.
- Ders., Jedermann-Recht mit Einschränkungen. Die Zugangsregelungen der deutschen Archivgesetze, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte/Revue d'Histoire 2 (2003), S. 87-96.
- Wettmann, Andrea (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven archivischer Bewertung. Beiträge eines Archivwissenschaftlichen Kolloquiums (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg – Institut für Archivwissenschaft Nr. 21), Marburg 1994.
- Dies., Novellierung des Sächsischen Archivgesetzes, in: Schmidt, Heiner (Red.), Alles was Recht ist. Archivische Fragen – juristische Antworten. 81. Deutscher Archivtag in Bremen (Tagungsdokumentationen zum

Deutschen Archivtag, hrsg. vom VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. Band 16), Fulda 2012, S. 103 f.

Wiech, Martina, Vom Archivgesetz bis zur Lesesaalordnung. Neue archiv- und nutzungsrechtliche Bestimmungen im Landesarchiv NRW, in: Der Archivar 64 (2011), S. 110-119.

Dies., Ein Jahr danach und drei Jahre davor. Die Novellierung des Archivgesetzes NRW, in: Schmidt, Heiner (Red.), Alles was Recht ist. Archivische Fragen – juristische Antworten. 81. Deutscher Archivtag in Bremen (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag, hrsg. vom VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. Band 16), Fulda 2012, S. 85-94.

Dies., Die digitale Herausforderung im Spiegel der deutschen Archivgesetzgebung, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 80 (2014), S. 4-8.

Wyduckel, Dieter, Archivgesetzgebung im Spannungsfeld von informationeller Selbstbestimmung und Forschungsfreiheit. Zur Genese, Geltung und verfassungsrechtlichen Würdigung des Bundesarchivgesetzes, in: Deutsches Verwaltungsblatt (1989), S. 327-337.